

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 25 vom 21. Juni 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Bericht vom Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands
Seite 3

Über die Wirtschaftsreformen in der VR China
Seiten 10/11

Bericht vom Juni-Plenum des ZK der KPD
Seite 13

Nobel

Regierungssprecher Boenisch ist zurückgetreten. Kanzler Kohl ließ verlauten, er habe „den Rücktritt mit Bedauern angenommen“, Boenisch nicht nur für seine „großartige Arbeit“ gedankt, sondern auch „für die noble Haltung, die in seinem Rücktritt zum Ausdruck kommt“.

Noble Haltung?

Da tritt einer zurück, weil es der Staatsanwaltschaft trotz aller Vertuschungsbemühungen doch gelungen ist, ihm ein Verbrechen nachzuweisen. Um rund 500 000 DM soll Boenisch das Finanzamt betrogen haben. Der Mann, der den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern die Notwendigkeit der unmenschlichen Bonner Sparpolitik erläuterte.

Aber es ist wohl so: für diese Regierung der geistig-moralischen Erneuerung ist es schon untypisch, daß einer zurücktritt, bloß weil er als Krimineller entlarvt ist.

Sonnenschein

Richter ordneten die Schließung der Berliner Batteriefabrik Sonnenschein an. 20 Bleischmelzöfen wurden illegal betrieben. Der Boden um das Werk ist Blei-verseucht. Proben ergaben das 200-fache des zulässigen Grenzwertes. Menschen wohnen hier, Kinder spielen hier. Der Schnee auf dem Kinderspielplatz wies im Januar das 1700fache des für Trinkwasser maximal zulässigen Bleigehalts auf.

25 Jahre — bis 1982 — war ein Mann Geschäftsführer dieser Firma. Dann konnte er sich vorteilhaft verändern und wurde Bundespostminister. Kabinettsmitglied einer Regierung, die viel berechtigtes Aufheben um das Blei im Autoabgas macht, leider nichts dagegen unternimmt.

Bundespostminister Schwarz-Schilling verspürt keine Verantwortung mehr für die Firma Sonnenschein. Warum sollte er auch: die Firma gehört nicht ihm, sondern seiner Frau und seinen beiden Töchtern.

Statt Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Manipulation

Kohl verhöhnt die Arbeitslosen

In Sachen Arbeitslosigkeit hat der Bonner Koalitionsgipfel vor allem ein Ergebnis gebracht: diese Regierung will nichts gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen. Nicht die Arbeitslosen sind ihr ein Problem, sondern die Tatsache, daß die hohen Arbeitslosenzahlen die Regierung beim Wähler in einem so schlechten Licht erscheinen lassen. Kohls Absicht: nicht die Arbeitslosigkeit senken, sondern die Arbeitslosenstatistik manipulieren.

Kohl forderte, „den Mut aufzubringen, die Fragen der Zahlen zu diskutieren“. Als Begründung führte er einen Betrieb im Ruhrgebiet an, der angeblich 50 polnische Arbeiter hätte einstellen müssen, weil er keine qualifizierten deutschen Arbeiter gefunden habe.

Möglich, daß es diesen Betrieb tatsächlich gibt. Ausnahmen bestätigen bekanntlich nur die Regel. Die Regel ist so, daß heute Unternehmer Zeitungsanzeigen aufgeben, in denen Arbeit ausdrücklich unter Tarif angeboten wird. Warum wohl? Weil es für die Unternehmer so schwierig ist, überhaupt Arbeitskräfte zu finden?

Anlaß, die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zu diskutieren, gibt es schon lange. Die offizielle Arbeitslosenstatistik lügt, weil sie weit über eine Million Arbeitslose überhaupt nicht erfaßt.

Über eine Million erwerbslose Frauen und Männer, die sich nicht als Arbeits-



suchende registrieren lassen, weil sie nach jahrelangem verzweifeln Suchen, nach zahllosen abgewiesenen Bewerbungen jede Hoffnung auf einen Arbeitsplatz verloren haben, weil durch die drakonischen Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung für sie auch keine Aussicht auf Hilfe durch das Ar-

beitsamt besteht.

Kohl weiß das und hat die Stirn, eine Diskussion über die „Fragen der Zahlen“ zu fordern. Soll heißen: noch mehr Arbeitslose sollen ausgegrenzt, in die absolute Hoffnungslosigkeit gestoßen werden. Das Elend soll ruhig wachsen, Hauptsache die Zahlen sinken.

Proteste gegen „Schlesier-Treffen“ und NPD

Kohl unter Beschuß

Ca. 160 000 waren zum „Schlesier“-Treffen nach Hannover gekommen. Darunter mehrere Tausend, die mit Parolen wie „Schlesien bleibt unser — Polen raus!“ das Bild von den unpolitischen Vertriebenen, die eben Schlesien verbunden sind wie andere Leute dem Schwarzwald, lautstark zurechtrückten. Kein Wunder, daß sich die Mitglieder der NPD unter diesem harten Kern heimisch fühlten und für ihre Pamphlete viel Sympathie fanden.

Gegen das „Schlesier“-Treffen und den „Deutschlandtag“ der NPD (s. auch Seite 2) hatten Gewerkschaften, Antifaschisten und Friedensbewegung zu Protesten aufgerufen. Der Protest gegen das „Schlesier“-Treffen stand unter dem Motto „Schlesien bleibt polnisch“. An der Demonstration — der ersten, die gegen ein Vertriebenen-treffen organisiert worden war — beteiligten sich an die 1000 Menschen, bei der Kundgebung waren es etwas

mehr. Dafür waren es dann aber ca. 5000, die zur Kundgebung und Demonstration gegen das „Deutschland“-Treffen der NPD kamen.

Im politischen Mittelpunkt des „Schlesier“-Treffens stand naturgemäß der Auftritt von Kanzler Kohl. Welche Ermunterung das offizielle Auftreten eines Kanzlers auf einem Vertriebenen-treffen für den Revanchismus bedeutet, hatte sich bereits in den letzten Monaten gezeigt, wo mit bisher unbe-

kannter Lautstärke und Unverhohlenheit von deutschem Eigentum an Schlesien, vom Recht auf polnischen Boden und sogar von Invasionsträumen in Osteuropa die Rede war.

Auch auf dem Treffen selbst wurde kein Blatt vor den Mund genommen. So erklärte der Vorsitzende der Schlesischen Landsmannschaft, der CDU-Abgeordnete Hupka, in seiner Rede beispielsweise: „Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht das endgültige Deutschland, sie ist der bisher einzige freie Teilstaat ganz Deutschlands, Deutschland ist größer als die Bundesrepublik Deutschland“. (Die Über-

Fortsetzung auf Seite 2

Protest gegen die HRG-Novelle
40 000 in Bonn



Rund 40 000 Studentinnen und Studenten, Hochschullehrer und Gewerkschafter demonstrierten am vergangenen Samstag in Bonn. Konkreter Anlaß war die geplante Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG), die Demonstration wurde aber zu einer machtvollen Protestaktion gegen die reaktionäre Bonner Bildungspolitik überhaupt.

Die Neufassung des Hochschulrahmengesetzes soll nach Willen der Wenderegierung und der Ministerin Wilms verstärkt zur „Elitebildung“ beitragen — was offen ausgedrückt Zweiklassenstudium bedeutet, den Abbau der Möglichkeiten für Arbeiterkinder für ein Studium, die Mitbestimmungsmöglichkeiten weiter einschränkt und die Hochschulen den Profitinteressen der

Konzerne in noch direkterer Weise unterordnet.

Die Bonner Demonstration war geprägt durch ein erfreulich starkes Auftreten von Gewerkschaftern und von den Studenten her von großer Unterstützung für die geplanten Herbstaktionen der Gewerkschaften gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, von dem immer mehr auch Studenten und Wissenschaftler betroffen sind.

Flugzeugentführung/Beirut
Geiselnahme im Kampf um die Macht
USA drohen mit Militäreinsatz

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des RM ist die Geiselnahme in Beirut noch nicht beendet. Die Insassen des US-amerikanischen Zivilflugzeuges bangen weiter um ihr Leben. Sowohl die schiitischen Entführer, als auch die Amal-Milizen, die weite Teile Beiruts und den Flughafen kontrollieren, und die US-Imperialisten riskieren für ihre jeweiligen Interessen viele Menschenleben.

Während die schiitischen Amal-Milizen in den Palästinenlager im Süden Beiruts weiter ihren Terror ausüben, sind andere schiitische Gruppen im Kampf um die Macht und Vorherrschaft im Libanon zu Flugzeugentführungen und Geiselnahmen übergegangen. Mit der Forderung nach Freilassung schiitischer Kämpfer aus Israel gegen das Leben der Geiseln fordern sie Israel heraus, das in solchen Fällen bislang immer mit (blutiger) Härte reagiert hat. Daß sich die Geiselnahme ausgerechnet auch noch ein US-Flugzeug vornahm, ist den US-Imperialisten wiederum willkommen Anlaß für eine Demonstration der Stärke. Dem Flugzeug folgt praktisch eine Sondereinheit der US-Armee, vor dem Libanon fährt die US-Mittelmeer-

Flotte schwere Geschütze auf — ein direktes Eingreifen kann man zur Zeit nicht ausschließen.

Der starke Mann in Beirut ist Justizminister Nabib Berri, Kommandeur der Amal-Milizen, Verhandlungspartner der Geiselnahme und libanesischer Minister für den Südlibanon (wo die pro-israelische südlibanesischen Armee unter schiitischem Druck steht). Keine der Seiten, weder Israel oder die USA noch die verschiedenen schiitischen Gruppen haben das Recht, ihre Machtansprüche im Libanon auf Kosten der Zivilbevölkerung des Landes, der palästinensischen Flüchtlinge oder von Fluggästen, die als Geiseln genommen wurden, durchzusetzen. Und von keiner dieser Seiten ist Vernunft zu erwarten.

Nationales Wochenende

Das vergangene verlängerte Wochenende hatte den „nationalen Kräften“ einiges zu bieten. NPD-Bundestreffen, Schlesiertreffen und zusätzlich am Montag noch der 17. Juni, der „Tag der deutschen Einheit“. Der Bundestag hatte — schon traditionell — zur Gedenkfeier geladen und als Festredner den SPD-Rechtsaußen Georg Leber bestellt. Der ehemalige Verteidigungsminister und Bundestagsvizepräsident, der in früheren Jahren als Gewerkschafts-BOß schon mal die IG-Bau-Steine-Erden von kommunistischen Funktionären gesäubert hat, blieb seinem Ruf als Reaktionär treu. Für seine Rede, in denen er „unsere Vorstellung von Freiheit, Pluralität und Demokratie“ hochlobte und gegen die kommunistische Ideologie wettete, erhielt Leber viel Beifall im Plenum. Ungeteilten Beifall, denn die Fraktion der Grünen war dem Spektakel ferngeblieben. Sie führten eine öffentliche Fraktionssitzung durch, in der sie die Deutschlandpolitik Bonns kritisierten, die Forderung nach Auflösung des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen und ähnlicher Institutionen forderten. Eine gute Sache.

Neben der Bonner Feierstunde gab es noch mehr „nationale“ Feiern am 17. Juni. Bundesminister Windelen trat vor der Versammlung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland auf und es gab einen persönlichen Aufruf des CSU-Vorsitzenden Strauß zum Tage. Aber massenwirksam war das alles nicht gerade. Am Abend des 17. Juni meldete der Verkehrsfunk in NRW große Staus vor der Grenze in Holland! Zu tausenden hatten die Leute das „nationale“ Wochenende zur Erholung im Ausland verbracht.

Der Sündenfall

Der EG-Interventionspreis für 100 Kilogramm Weizen liegt bei 43,91 DM. Um 1,8 Prozent oder 79 Pfennig sollte er nach dem Willen der Mehrheit der EG-Agrarminister gesenkt werden. Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle mochte allenfalls einer Preissenkung um 0,9 Prozent zustimmen. Wegen des kleinen Unterschieds von 0,9 Prozent oder knapp 40 Pfennig pro 100 kg Weizen legte Agrarminister Kiechle unter Berufung auf „nationale Interessen“ der Bundesrepublik sein Veto gegen die Brüsseler Mehrheitsentscheidung ein.

Der westdeutsche Imperialismus ist in der EG immer für die Abschaffung des Veto-Rechts eingetreten. Aus gutem Grund: die westdeutschen Monopole sind die Hauptnutzer des Abbaus von Handelsschranken in der EG. Entsprechend empört sind die Reaktionen aus Industriekreisen über Kiechles Sündenfall.

Kiechle, Kohl und natürlich Strauß haben die wütenden und berechtigten Bauernproteste gegen die Milchquotenregelung noch im Ohr. In der Landwirtschaft werden die Probleme besonders deutlich, die die Unions-Parteien mittlerweile dabei haben, einerseits eine Politik der konsequenten Verwirklichung der Monopolinteressen zu betreiben, andererseits ihre angestammten Wählerschichten bei der Stange zu halten.

Teurer Abgang

Ein 560-Millionen-Skandal wurde in namentlicher Abstimmung im Bundestag zum Gesetz. Gegen die Stimmen von SPD und Grünen wurde Wörners Gesetzesvorhaben zur „Bereinigung der Personalstruktur der Bundeswehr“ vom Bundestag beschlossen.

Damit haben nun 1200 Offiziere im Alter zwischen 45 und 52 Jahren einen unheimlich teuren Abgang: sie dürfen auf freiwilliger Basis in den Vorruhestand mit einer einmaligen Abfindung von ca. 40000 DM und 70 Prozent des letzten Gehalts lebenslanglich. Ohne Schmälerung dieser stattlichen Bezüge dürfen sie auch noch uneingeschränkt berufstätig sein. Die Rüstungsindustrie wedelt schon mit Beraterverträgen.

Woche für Woche werden Tausende von Kolleginnen und Kollegen mit magersten Abfindungen in die Arbeitslosigkeit geschickt. Diese Regierung hat eine gravierende Verschlechterung der Sozialplanregelung durchgesetzt. Mit dem Beschäftigungsförderungs-gesetz hat sie den Unternehmern umfangreiche Möglichkeiten an die Hand gegeben, mit den Beschäftigten nach dem Prinzip „Heuern und Feuern“ umzuspringen.

Zigtausende Lehrer sind arbeitslos. Wenn der Einstellungsstopp beibehalten wird, werden in einigen Jahren die Lehrkörper hoffnungslos überaltert sein. Damit kann dieser Staat leben.

Das Offizierskorps aber muß erstens loyal gehalten werden. Zweitens muß es schillernd sein. Macht summa summarum 560 Millionen.

Kohl unter Beschuß

Fortsetzung von Seite 1

schrift eines Flugblattes, das die NPD an die Vertriebenen verteilte, lautete übrigens „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik — Ostdeutschland bleibt unser!“).

Kohl ging über diese Äußerungen seines Vorredners auf dem „Schlesier“-Treffen genauso vornehm hinweg wie über all das, was im Vorfeld geschrieben und gesagt worden war. Über das, was der Kanzler nicht sagte, ist von der Presse wenig Aufhebens gemacht worden. Tatsächlich ist sein Auftreten in Hannover und sein Schweigen aber ein Signal für die Rechtsaußen in den Vertriebenenverbänden, daß sie ungestraft — oder besser: offiziell geduldet — so weitermachen können. Und Hupka und seinesgleichen werden das auch so verstehen.

Ansonsten vertrat Kohl die Position, daß Bonn sich selbstverständlich an die Verträge halte, daß Bonn selbstverständlich keine Gebietsansprüche habe, daß Bonn

selbstverständlich eine weitere Versöhnung mit Polen wolle, aber... Aber daß die Teilung Europas und Deutschlands „unnatürlich“ sei, daß sie deshalb überwunden werden müsse, daß die polnische Westgrenze eine „gegenwärtige“ Grenze sei, daß „rechtmäßige“ Grenzen erst das Ergebnis eines Friedensvertrages sein können, daß Bonner Rechtsansprüche nicht aufgegeben werden dürfen usw.

Es kennzeichnet die Stimmung unter den ca. 10000, die Kohl zuhörten, daß angesichts dieser Darlegung der offiziellen, reaktionären Bonner Ostpolitik wahre Protestumulte losbrachen, von „Verzichtspolitik“ geschrieben wurde und Parolen skandiert wurden wie „Auf Kohl können wir verzichten — auf Schlesien nie!“ Kein Wunder, daß andere bei diesem Publikum besser ankamen. Strauß zum Beispiel, der vier Tage vor Kohls Rede bei den „Schlesiern“ die Vision einer Wiedervereinigung Deutschlands „in ein oder

zwei Generationen“ beschworen und davor gewarnt hatte, einem solchen wieder-vereinigten Deutschland heute „juristische Fesseln“ anzulegen. Oder Ottfried Hennig, Staatssekretär im sog. innerdeutschen Ministerium, der in Hannover ebenfalls von einem künftigen „Gesamtdeutschland“ sprach, das an keinerlei Verträge gebunden sei. Oder Helmut Sauer, Bundestagsabgeordneter der CDU, der dort den Görlitzer Vertrag zwischen DDR und Polen über die Oder-Neiße-Grenze einen „Schandvertrag“ nannte und sagte: „Polen besitzen Schlesien, aber die Schlesier bleiben Eigentümer.“ (Womit die Liste der Bonner „Elite“, die die Schlesier in Hannover hofierte, allerdings noch lange nicht vollständig ist.)

Offenbar meinen diese Kreise der CDU/CSU, daß das sog. Offenhalten der deutschen Frage in ähnlicher Weise zur Formierung reaktionärer Kreise benutzt werden kann wie beispielsweise das sog. Ausländerproblem. Daß sie auf jeden Fall ein weiterer Stolperstein für die Regierung Kohl werden kann, hat Hannover gezeigt.



Demonstration gegen NPD-Aufmarsch in Stadthagen

Verschärfung des Demonstrationsrechts

Zimmermann setzt sich durch

Bei ihrem Treffen am Donnerstag letzter Woche einigten sich die Vorsitzenden der Koalitionsparteien, Kohl, Strauß und Bangemann, wie von Zimmermann gefordert, auf einen neuen Koalitionskompromiß über die Verschärfung des Demonstrationsrechts.

Die Vereinbarung sieht folgendes vor: Wer bei einer Demonstration, bei der es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt, sog. Schutzaffen (z.B. Helme) oder Gegenstände bei sich führt, die geeignet und dazu bestimmt sind, Vollstreckungsmaßnahmen abzuwehren oder wer sich in einer Aufmachung in einer solchen Menschenmenge (Demonstration) aufhält, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung seiner Identität zu verhindern, begeht eine Straftat und muß mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe rechnen.

Verboten ist diese jetzt in Bonn erfundene „Schutzwaffen“ und die sog. Vermummung auch, wenn die Demonstration (oder Kundgebung, Streikversammlung

usw.) friedlich verläuft. Sie wird dann aber „nur“ als Ordnungswidrigkeit betrachtet und kann mit einem Ordnungsgeld bestraft werden.

Zimmermann hat sich also durchgesetzt. Wer in Zukunft der Aufforderung der Polizei, den Helm abzunehmen, damit auch ordentlich auf den Kopf draufgeschlagen werden kann, nicht Folge leistet; wer die Sonnenbrille nicht abnimmt und so verhindert, daß der Polizeifotograf ein ordentliches Paßfoto für die Kartei schießen kann — der steht nach dem geplanten Gesetz zur Verschärfung des Demonstrationsrechts mit einem Bein im Gefängnis.

Natürlich nur, wenn er sich in einer „gewalttätigen Menge“ befindet. Aber was eine „gewalttätige Menge“ ist, bestimmt letztendlich die

Polizei. Bei den Streiks im letzten Jahr war es beispielsweise schon „Gewalt“, wenn die Streikposten ihre „Gasen“ nicht auf den Zentimeter genau den Vorschriften des Gerichts entsprechend ausgerichtet hatten. Ganz zu schweigen von anderen Anlässen, bei denen es das Polizeikommando „Knüppel frei“ war, das eine friedliche Demonstration in eine „gewalttätige Menge“ verwandelte. Genauso bestimmt letztendlich die Polizei (bzw. der einzelne Richter) wer denn nun verbotenerweise „schutzbewaffnet“ und „vermummt“ auf der Straße war. Schon bei den bisherigen Verurteilungen wegen schweren Landfriedensbruchs wurden von Polizisten und Richtern die eigen-

5000 gegen NPD

In der Festhalle von Stadthagen bei Hannover fand parallel zum „Schlesier“-Treffen das „Deutschland“-Treffen der NPD statt. Auf Beschluß eines Oberlandesgerichts — denn die Stadt hatte das Treffen nicht genehmigen wollen. Zum Schutz der Faschisten waren 2000 Polizisten, verstärkt durch Bundesgrenzschutz, aufgeboten. Überall gab es Kontrollen, Absperungen, Polizei in Kampfuniform, Hubschrauber.

Gegen das Faschistentreffen hatten der DGB Niedersachsen und antifaschistische Organisationen zu einer Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Rund 5000 waren gekommen. Auf der Kundgebung erklärte der DGB-Vorsitzende, Karl Neumann: „Die NPD ist die Nachfolgeorganisation der NSDAP. Sie ist antidemokratisch, nazistisch und arbeiterfeindlich.“ Er betonte, daß die Politik der Wiedereingliederung dem Erstarken des Neonazismus Vorschub leiste.

Nach dieser Kundgebung setzte ein Teil der Antifaschisten die Demonstrationen fort. Dabei kam es zu einem brutalen Überfall von Neonazis, die in eine Demonstrantengruppe hineinarannten und mehrere Demonstranten verletzten. Die Polizei sah hier keine Veranlassung zu Festnahmen. Dazu kam es erst, als sich Antifaschisten zur Wehr setzten und dabei auch einige Reifen von NPD-Autos Schaden erlitten.

artigsten Waffen ausgemacht — z.B. Schuhe, die die Demonstranten an den Füßen trugen. Und es ist nicht anzunehmen, daß die diesbezügliche polizeiliche und richterliche Phantasie durch das neue Gesetz eingeschränkt wird. Das Gegenteil wird eher der Fall sein.

Das geplante Gesetz zur Verschärfung des Demonstrationsrechts richtet sich deshalb keineswegs gegen einige „Chaoten“, wie Bonn behauptet. Es ist ein Gesetz, das sich gegen das Demonstrations- und Versammlungsrecht überhaupt richtet und die Bundesrepublik dem Polizeistaat ein Stück näher bringt. Deshalb muß der Widerstand gegen dieses Gesetz Marke Zimmermann verstärkt werden.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abgebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Bericht über den IV. KJD-Kongreß



Vom 7. bis 9. Juni 1985 fand bei Bielefeld der IV. Kongreß der KJD statt. Der erste Tag war weitgehend geprägt von der Diskussion über den Tätigkeitsbericht, der drei Monate vor dem Kongreß den Mitgliedern schriftlich vorlag. Die einzelnen Punkte wurden zum Teil sehr ausführlich diskutiert und bewertet. Insgesamt wurde die alte ZL zum Teil sehr heftig für Fehler und Vernachlässigungen in ihrer Arbeit kritisiert. Nach der Diskussion des Finanzberichtes wurde die ZL entlastet. Einige konkrete Anträge zur Verbesserung der ZL-Arbeit wurden, soweit sie vorlagen, am nächsten Tag behandelt.

Der späte Nachmittag wurde eingeleitet durch ein Referat von Jürgen Tobegen zum Thema Selbstbestimmungsrecht der Jugend und unabhängiger Jugendverband. Die Absicht dieses Referats bestand darin, zu verdeutlichen, daß die Probleme kommunistischer Jugendarbeit nicht nur in den Methoden der Arbeit, organisatorischen Schwächen, Fehlern leitender Genossen usw. zu suchen sind, sondern in erheblichem Maße inhaltliche, politische Gründe haben. Tatsache ist, daß die KJD (früher Rote Garde) ihre Politik nur sehr oberflächlich in der Auseinandersetzung mit der heutigen Lage der Jugend und ihrem Protest entwickelt hat, sondern immer wieder zurückgegriffen hat auf Grundsätze und Konzeptionen des KJVD aus der Weimarer Zeit.

Die Arbeiterjugend ist Teil der Arbeiterklasse, die objektiven Interessen der Arbeiterklasse sind auch die objektiven Interessen der Arbeiterjugend, die Befreiung der Arbeiterjugend kann nur das Werk der Klasse insgesamt sein — soweit so klar. In dieser grundlegenden Einschätzung gab es auf dem Kongreß keine Kontroverse. Doch für die praktische Politik gibt diese grundlegende Einschätzung auch noch nicht viel her. Im Gegensatz zur Weimarer Zeit etwa ist das Klassenbewußtsein der Arbeiterjugend heute äußerst gering ausgeprägt. Dafür treten fortschrittliche Arbeiterjugendliche heute viel selbstbewußter für ihre speziellen Bedürfnisse und Forderungen ein. In diesem Streben nach einem selbstbestimmten Leben geraten sie nicht nur in Konflikt mit der kapitalistischen Gesellschaft, die Jugendliche weiterhin als unmündig betrachtet, sie diskriminiert und unterdrückt, weil sie jung sind, nein, Arbeiterjugendliche geraten in diesem Streben auch in Konflikt mit Teilen ihrer eigenen Klasse. Denn nach wie vor ist in der Jugendfrage (ähnlich wie in der Frauen-Frage) in der Arbeiterbewegung eine konservative Strömung ziemlich ausgeprägt, die die Jugend kontrollieren, bevormunden und in die von den Erwachsenen vorgegebenen Bahnen lenken will. Von der ZL wurde die These vertreten, daß kommunistische Jugendpolitik dieses Streben nach einem selbstbestimmten Leben positiv aufgreifen muß, um daraus in Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen Strömungen konkrete Überlegungen für eine kommunistische Jugendarbeit abzuleiten.

Dagegen wurde auf dem Kongreß die politisch kontroverse Position entwickelt, die in diesen Überlegungen einerseits eine Anpassung an die spontane Jugendbewegung, andererseits die Unterstützung kleinbürgerlich-anarchistischer Strömungen zur Spaltung

der Arbeiterklasse in Jung und Alt sieht. Konsequenz forderten dann die Genossen auch ein Zurück zu „alten Zeiten“. Ihrer Meinung nach muß sich der kommunistische Jugendverband als „kämpferisch, revolutionäre Alternative“ der vorhandenen Jugendbewegung gegenüberstellen. Er muß die bestehende Jugendbewegung als bürgerlich, kleinbürgerlich, anarchistisch, spontaneistisch usw. beeinflussen und versuchen durch ein „revolutionäres Jugendleben in Verbindung mit politischer Praxis“ die Jugendlichen zu sich rüberzu ziehen.

Kontrovers wurden in diesem Zusammenhang auch die Überlegungen für ein anderes Verhältnis zwischen der KJD und der KPD diskutiert. Hier ging es darum, von der KJD nicht mehr die politische Unterordnung unter die KPD zu verlangen, ihr auch in politischen Fragen volle Selbständigkeit zu geben, was in der letzten Zeit durchaus schon Praxis zwischen Jugendverband und Partei geworden war. Dagegen wurde die klassische Position der Hilfsorganisation wieder aufgewärmt, die im Jugendverband nur einen Hebel der Partei zur Arbeit unter der Jugend sieht und dem Jugendverband selbst die Hauptaufgabe stellt, „die Jugendlichen politisch und moralisch an die Partei heranzuführen.“

Insgesamt verlief diese Debatte ziemlich ätzend, weil es oft zum hohlen Schlagabtausch kam und wenig inhaltlich, aus praktischen Erfahrungen schlußfolgernd argumentiert wurde. So verdeutlichte diese Debatte lediglich, daß es

kontroverse politische Positionen gibt, eine inhaltliche Klärung kam aber nicht in Gang. Deshalb wurde die Entscheidung in dieser Frage, sowie die Verabschiedung einer neuen Satzung und eines Programmtextes als Diskussionsgrundlage, auf einen Sonderkongreß vertagt, der im Herbst stattfinden soll. — Das „Schicksal“ der Vertagung mußten auch die Resolutionen zur Frauenfrage, Antifa-Arbeit und zur Einheit der revolutionären Jugendverbände erfahren.

In der Antragsdiskussion am Sonntag wurden Beschlüsse zum Zeltlager in Holland, zum RR, zur Aufnahme von Forderungen zum Thema Homosexualität, zu Patenschaften von KJD-Gruppen, zur Übersetzung von wichtigen Dokumenten in Türkisch und zum internationalen Jugendlager angenommen. Die auf dieser Seite abgedruckte Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit wurde nach Diskussion mit den beantragten Änderungen angenommen.

Die neue ZL besteht aus sieben (bisher elf) Mitgliedern, wobei leider nur zwei neue Genossinnen und Genossen in die ZL gewählt wurden. Die neue ZL ist eine gleichberechtigte, ohne Sekretariat und ohne Vorsitzende/n.

Als Gäste hatte die KJD einmal die KPD eingeladen, die auf dem Kongreß durch H.D. Koch vertreten war. Hotschi verdeutlichte die grundsätzlich positive Einstellung des ZK der KPD zu den Überlegungen zum Selbstbestimmungsrecht der Jugend und unabhängigen Jugendverband. Die Vertreter

des RJVD disqualifizierten sich als „Schulmeister der kommunistischen Bewegung“, der viele hohle Sprüche, aber wenig Inhaltliches zu bieten hat. Nicht nur, daß die „kleinbürgerliche Führung der KJD“, die „titoistisch, anarchistische Führung der KPD“ wie zu erwarten, ihr Fett abbekam, auch die anderen Gäste — Kämpfende Jugend, Rote Maulwürfe — wurden gleich mitausgezählt, um dann zu betonen: „Einheit nicht mit uns“. Nur an dieser Stelle bekam der RJVD spontanen Beifall von fast allen Anwesenden.

Wohlthuend hoben sich davon die Vertreter der Kämpfenden Jugend und der Roten Maulwürfe ab, die sehr solidarisch die Diskussionen des Kongresses verfolgten und sachlich ihre politischen — zum Teil kontroversen — Überlegungen dazu darstellten.

Insgesamt kann dieser Kongreß nicht als erfolgreich bewertet werden. Es waren nur ein Drittel der Mitglieder auf dem Kongreß vertreten und konkrete Beschlüsse für die weitere Arbeit hat der Kongreß nur äußerst wenig gefaßt. Zweifel blieben auch, ob es dem Kongreß überhaupt gelungen ist, die Notwendigkeit der oben beschriebenen Debatte und die Fragestellung dabei zu verdeutlichen. Seit Jahren dreht sich die KJD-Debatte über Erfolg und Mißerfolg der Arbeit immer nur um die These: „Drei Dinge fehlen der KJD: 1. Eine gute ZL (sprich Vorsitzenden), 2. Gute Kader vor Ort, 3. Mehr fetzige Aktionen (vielleicht noch Schulung).“ — Diese sicherlich bestehenden Probleme müssen endlich

einmal richtig eingeordnet werden in die politische Fragestellung: Warum gelingt es den Kommunisten nicht, trotz wachsender Radikalisierung und Protest in Teilen der Arbeiterjugend, mehr Einfluß zu gewinnen? Tatsache ist, daß auch keine der anwesenden Organisationen, ob RJVD, Kämpfende Jugend oder Rote Maulwürfe, hierbei tatsächliche Fortschritte erzielen konnte. Tatsache ist, daß andere Jugendorganisationen, etwa die Gewerkschaftsjugend erhebliche Rückschläge hinnehmen mußte, die Falken dieses Problem sehen, darüber auch öffentlich debattieren, die SDAJ ebenfalls diese Probleme hat, sie allerdings totschweigt. — Die Vorbereitung des Sonderkongresses muß eine inhaltliche Konkretisierung dieser Fragen bringen, damit auf dem Sonderkongreß selbst praktische Schlußfolgerungen gezogen und konkrete Beschlüsse für die weitere Arbeit gefaßt werden können.

Jürgen Tobegen

Resolution zur Jugendarbeitslosigkeit

Die Lage auf dem „Arbeitsmarkt“ sieht beschissen aus. Schon über 1 000 000 Jugendliche unter 25 Jahren sind arbeitslos. Jedes Jahr bleiben tausende Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz auf der Strecke. Trotzdem werden weiterhin Ausbildungs- und Arbeitsplätze abgebaut. Ganz besonders betroffen sind Haupt- und Sonderschüler, Mädchen, Ausländer und Schüler ohne Abschluß. Die Zahl derer, die auf eine Lehrstelle warten, wird immer größer, weil jedes Jahr immer mehr Schulabgänger dazu kommen. Für die meisten Jugendlichen ist dann der Traum einer eigenen Bude und finanziell unabhängig zu sein, ausgeträumt. Die meisten von ihnen haben noch nie gearbeitet. Von der Schulbank direkt in die Arbeitslosigkeit. Dazu kommen noch die, die nach der Ausbildung rausgeschmissen werden und diejenigen, die kurze Zeit gejobt haben, dann aber wieder arbeitslos sind. Trotz dieser beschissenen Lage gibt es unter den Jugendlichen keine Rebellion.

Es ist ganz offensichtlich, daß die Jugend verarscht wird, (siehe Lehrstellenversprechen für jeden von Birne, usw. usw.). Trotzdem ihnen diese Lage bekannt ist, sie es auch am eigenen Leib erfahren, findet kaum Widerstand statt. Sie verhalten sich relativ ruhig, es gibt einige wenige Ansätze für eine Bewegung gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Die Lage in den Jugendverbänden, von der DGB-Jugend bis zur SDAJ wie auch bei uns, sieht so aus, daß man nicht recht weiß, wie man die Sache anpacken soll. Die Sache ist in den Anfängen. Siehe Lehrstellenbesetzung, Postler, Eisenbahner.

Wir nehmen für uns in Anspruch, eine revolutionäre, kommunistische Jugendorganisation zu sein. Wir kommen aus der Arbeiterjugend und arbeiten auch in ihr. Daher ist es unser Bedürfnis, dieses als unsere ureigenste Sache zu sehen. Aber wenn wir für Arbeits- und Ausbildungsplätze kämpfen, kämpfen wir auch für sinnvolle Arbeiten, die uns auch Spaß machen.

Wenn wir unsere 10-Prozent-Aktion verstehen richtig anzupacken, wäre das ein guter Anfang um hier richtig einzusteigen. Wir müssen versuchen, diese Aktionen mit den Betroffenen selbst, den Arbeitslosen, den lehrstellensuchenden Schülern durchzuführen. Unsere Ziele müssen sein:

- daß unter der Bevölkerung die Empörung wächst, daß die Großbetriebe so wenig ausbilden;
- daß der Druck auf die Großbetriebe so groß wird, daß sie gezwungen sind, mehr Ausbildungsstellen zu schaffen;
- die Forderungen nach einer qualifizierten Ausbildung erfüllt werden

den und die Übernahme aller Lehrlinge in den erlernten Beruf erkämpft wird;

- den Jugendlichen zeigen, wer an ihrer Misere schuld ist, und daß dieses System keine Zukunft gibt, daß wir für ein menschenwürdiges Leben ein anderes System brauchen;
- zu lernen, kontinuierlich zu arbeiten und natürlich auch mehr Mitglieder zu gewinnen.

In den Orten, wo wir keine Durchsetzungsmöglichkeiten für die 10-Prozent-Aktion sehen, sollten wir uns auf die Schaffung von überbetrieblichen kommunalen Ausbildungszentren konzentrieren, sowie die DGB-Forderung nach Umlagenfinanzierung unterstützen. Die kommunalen Ausbildungszentren dürfen nicht aus unseren Steuergeldern finanziert werden, sondern durch eine Umlagenfinanzierung. — Die Reichen sollen die Krise bezahlen.

In den kommunalen Ausbildungszentren müssen die gleichen Rechte wie in den Betrieben gelten, das heißt Lehrlingslohn und Mitbestimmungsrechte (z.B. Ausbildungsververtretung)

In unserem Kampf müssen wir auch unsere Forderung nach Verstaatlichung der Berufsausbildung berücksichtigen. Man/Frau macht seine/ihre 10 Jahre Schule, danach kann man entweder weiter auf die Schule gehen, oder sich für Berufsausbildung entscheiden. Dann muß einem eine qualifizierte, sinnvolle Berufsausbildung gesetzlich gesichert sein. Es darf nicht mehr in den Händen der Unternehmer liegen, wer die Ausbildung macht und wie sie abläuft.

Wir kämpfen nicht nur für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze sondern wehren uns auch gemeinsam als Arbeitslose gegen Schikanen im Arbeitsamt, Sozialamt, ... kämpfen für ermäßigten Eintritt in sozialen Einrichtungen, Nahverkehr, usw. Wir versuchen Jobs zu organisieren, wo wir gemeinsam ein paar Groschen verdienen können.

Es wird so getan, als ob der Grund für die Jugendarbeitslosigkeit bei den geburtenstarken Jahrgängen läge. Unsere Aufgabe muß auch sein, daß wir den Leuten klarmachen, daß es auch dann Jugendarbeitslosigkeit gibt, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge kommen. Der Grund dafür ist, daß das Kapital weniger Arbeitsplätze braucht, weil die Produktivität des einzelnen gestiegen ist und weiter steigt. Aber hierauf braucht man ja nicht weiter einzugehen, die neuen Techniken sind ja genügend bekannt. Also ist unsere Forderung nach der 35-Stunden-Woche (30-Stunden???) immer noch aktuell.

Wir werden dafür kämpfen, daß eine Bewegung gegen Jugendarbeitslosigkeit auf die Beine kommt. Wir wissen, daß es die Krisenwirtschaft des Kapitalismus ist, die an der Jugendarbeitslosigkeit schuld ist. Wir wissen, daß letztlich nur der Sozialismus Arbeit und Ausbildung für alle bringt. — Dieser Kampf ist ein Klassenkampf und wird mit allen Mitteln geführt, d.h. Konfrontation mit dem Klassenfeind. Friedliche und militante Aktionen — die richtige Antwort zur richtigen Zeit.

Georgsmarienhütte — Tod beschlossene Sache?



Die Eigentümer von Klockner, Krupp und CRA sind offensichtlich entschlossen, die Fusion voranzutreiben.

In einer „Sprachregelung“ — so hieß das schon bei Goebbels — für die leitenden Angestellten heißt es, daß die Beteiligten davon ausgehen, daß auch die politischen Kräfte die Bedeutung der Fusion erkennen. Im Klartext: Es werden Steuergelder zur Verfügung gestellt.

Bei einer Fusion ist für Henle und seine Manager der Tod der Georgsmarienhütte beschlossene Sache. Aus Sorge um ihre Arbeitsplätze demonstrierten vor der Hauptverwaltung in Duisburg 300 Kollegen der Georgsmarienhütte.

Aber wären mit Schließung von Wuppermann und Georgsmarienhütte die Arbeitsplätze auf der Hütte in Bremen gesichert?

Wir sollten uns da keine Illusionen machen! Ein fusioniertes Unternehmen müßte erhebliche Investitionen tätigen. Die Automobil-

industrie als Hauptabnehmer kaltgewalzter Bleche verlangt immer mehr oberflächenveredelte Bleche.

Bei Thyssen und Hoesch werden schon mehr als 50 Prozent der KW-Bleche oberflächenveredelt. Weder Krupp noch Klockner haben bisher entsprechende Anlagen.

Bei einer Fusion müßten Entscheidungen über den

Die Klockner-Werke AG einschließlich der Maxhütte hat im letzten Geschäftsjahr die Belegschaften um 12 Prozent verringert. Im Jahre davor waren es 9 Prozent. Damit verlor jeder fünfte Stahlwerker bei Klockner seinen Arbeitsplatz. Zugleich stieg der Umsatz bei Stahl und Verarbeitung um 7 Prozent. Das verkündete Vorstandsvorsitzender Gienow stolz den Aktionären auf der Hauptversammlung.

künftigen Standort einer Anlage für Oberflächenveredelung fallen. Die Kosten dafür liegen in einer Größenordnung von mindestens 100 Millionen Mark.

Wollen uns etwa Henle und Gienow heute garantieren, daß die Entscheidung für die Hütte Bremen ausfällt?

Selbst wenn sie das versprechen würden, glauben können wir ihnen nicht: siehe die gebrochenen Versprechen über die Kohleveredlungsanlagen. Oder das Versprechen von Krupp, Wuppermann zu erhalten.

Würden die entsprechenden Anlagen aber in Bochum oder woanders errichtet, so wird das langfristig auch negative Auswirkungen auf die Beschäftigung im KW in Bremen haben.

Beim Alleingang käme Klockner um entsprechende Investitionen im KW der Bremer Hütte kaum herum. Es entspricht also nicht nur moralischer Solidarität, sondern unseren eigenen Interessen, wenn wir unsere Kollegen von der Georgsmarienhütte beim Kampf gegen eine Fusion, die ganze Standorte vernichten wird, tatkräftig unterstützen.

Alleine sterben — oder sich gemeinsam wehren! Das

ist heute die Alternative für alle Stahlbelegschaften. Dabei kann das Stahlprogramm der IG Metall, in dem die Vergesellschaftung der gesamten westdeutschen Stahlindustrie gefordert wird, ein Ansatzpunkt sein.

Die Hauptschwäche des Stahlprogramms ist, daß es kein Wort darüber verliert, wie diese Vergesellschaftung durchgesetzt werden soll. Franz Steinkühler verbreitet: „Man muß den Gesetzgeber überzeugen. Das Kreuz bei der Wahl an der richtigen Stelle machen.“ Aber auch eine SPD-Regierung bietet keine Garantie für den Erhalt der Stahlarbeitsplätze. Vor der Wahl im Saarland hatte Oskar Lafontaine noch von der Verstaatlichung von „Arbed Saarstahl“ gesprochen. Nach der Wahl hörte man davon kein Wort mehr.

Der SPD-Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen, sagt klipp und klar: Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hält nichts von Verstaatlichung und auch nichts von Vergesellschaftung mit einer SPD-Regierung immer noch leichter durchzusetzen als mit der CDU.

Aber vom Stimmzettel hängt eine erfolgreiche Verteidigung unserer Arbeitsplätze nicht ab. Dazu müssen wir selbst — Belegschaft für Belegschaft — unter gemeinsamen Forderungen in den Kampf treten. Und zwar bevor die Stahlbosse ganze Standorte abgeholt haben!

Aus: Roter Lautsprecher, Betriebszeitung der KPD für Siemens/Witten



Neue Freiheit „Gleitzeit“?

Es ist mal wieder im Gespräch, ob es nicht gut wäre, für die Belegschaft, oder — wenn das nicht geht — wenigstens für die Angestellten gleitende Arbeitszeit einzuführen.

Einerseits wäre das eine tolle Sache. In der Halle ganz besonders. Kein Malochen auf Klingelzeichen mehr, kein Anschiff, wenn man zu spät kommt, keine Kniefälle vor Einrichtern, Oberleitern und Meistern, wenn man mal eine Stunde eher gehen will, oder zwischendurch mal weg muß. Einerseits also mehr Freiheit.

Komisch nur, daß die Arbeitgeberverbände gerade jetzt die Gleitzeit auf ihre Fahne geschrieben haben. Bei Siemens München H. z.B. (dort arbeiten hauptsächlich Angestellte) war die Betriebsleitung nur bereit, der 38,5-Stunden-Woche für alle zuzustimmen, wenn der Betriebsrat der Gleitzeit zustimmt. Die Betriebsleitung wollte das allerdings nicht, weil ihr die Freiheit der Belegschaft so am Herzen lag, sondern mit der Begründung: Mit der Gleitzeit haben wir ja auch eine Flexibilisierung. — Das ist die andere Seite der Gleitzeit!

Es besteht die Gefahr, daß es Siemens durch die Individualisierung der Arbeitszeiten gelingt, die Arbeitszeit dem Arbeitsanfall anzupassen. Wenn viel Arbeit da ist, wird man mit sanfterem oder weniger sanfterem Druck dazu gebracht, länger zu arbeiten — ob nun Montag oder Freitag, Regen oder Sonne ist. Und wenn weniger zu tun ist, gleicht man es wieder aus. Das bedeutet zum einen: Überstunden mit Freizeitausgleich, aber ohne Prozente. Das bedeutet zum anderen: Vernichtung von Arbeitsplätzen. Denn daß es bei der Flexibilisierung darum geht, mit weniger Belegschaft mehr zu leisten, daraus machen die Unternehmer ja keinen Hehl.

Für die Angestellten besteht die Gefahr, daß durch die Zeiterfassung, die bei Gleitzeit notwendig ist, die Kontrolle verschärft wird und Freiräume abgeschafft werden.

Es besteht die Gefahr, daß Fahrgemeinschaften auseinanderfallen. Das bedeutet für viele eine nicht unerhebliche finanzielle Mehrbelastung. Wir meinen: Das bißchen „mehr“ an Freiheit würde zu teuer erkauf!

Nordrhein-Westfalen

Vor Streiks im Metallhandwerk

Im Kampf für die Wochenarbeitszeitverkürzung im nordrhein-westfälischen Metallhandwerk wird der Vorstand der IG Metall in den nächsten Tagen über den Antrag entscheiden müssen, das Urabstimmungsverfahren einzuleiten.

Schon am 9. Mai hatte die IGM-Tarifkommission die Verhandlungen für gescheitert erklärt, nachdem die Unternehmer jede Verkürzung der Wochenarbeitszeit strikt abgelehnt hatten. Bei zentralen Spitzengesprächen zw-

Nach dem 9. Mai, zum Teil, sehr erfolgreiche Warnstreikaktionen hatten bereits gezeigt, daß auch die Kolleginnen und Kollegen im Handwerk unter den bekannt schwierigen Bedingungen bereit sind, für eine Ver-

be aus der Unternehmerfront ausgeschert und führten die 38,5-Stunden-Woche ein. Zur Zeit wird noch in drei Betrieben über die Einführung der 38,5-Stunden-Woche verhandelt. Ein Betrieb ist aus dem Handwerksverband in den Verband der Metallindustrie übergetreten, wodurch er automatisch dem Tarifvertrag über 38,5-Stunden-Woche unterliegt. Alle anderen Betriebe haben erklärt, daß sie für sie der Landesinnungsverband verhandele.

Die betrieblichen Tarifkommissionen haben mittlerweile das Scheitern der Bemühungen um Haustarife erklärt, so daß jetzt die Frage der Urabstimmung und der Einleitung von Kampfmaßnahmen steht.

Die Tarifgemeinschaft der Unternehmer versucht, die Kampfbereitschaft der Belegschaften dadurch zu zersetzen, daß sie ihren Mitgliedsbetrieben empfohlen hat, ab 1. Juni eine Lohnerhöhung von 3,2 Prozent zu zahlen. März, April, Mai wären demnach Nullmonate für die Kolleginnen und Kollegen. Die Ausbildungsvergütungen blieben von der Erhöhung ausgeschlossen.

Zu diesem Schleuderpreis werden sich die IG Metall im Handwerk NRWs die Wochenarbeitszeitverkürzung nicht abkaufen lassen.



schen der IG Metall und den Handwerksverbänden hatten die Unternehmervertreter erklärt, sie hätten bis zum Jahre 1989 kein Mandat, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu vereinbaren.

kürzung der Wochenarbeitszeit zu kämpfen, hatte die IG Metall zunächst alle Betriebe einzeln aufgefordert, Haustarife abzuschließen. Bereits vor dem Scheitern der Verhandlungen waren 43 Betrie-

Meldungen

Betriebsbesetzung

Am 13. Juni haben die 36 Beschäftigten der Schriftgießerei Klingspor den Betrieb besetzt. Anlaß ist, daß ein Konkursantrag unmittelbar bevorsteht, und die Löhne und Gehälter für Mai noch nicht ausgezahlt sind.

Auf Antrag des Betriebsrats hat das Offenbacher Arbeitsgericht dem Betriebseigner Tönnies den Zutritt zum Betrieb verboten, um zu verhindern, das Tönnies für das Konkursverfahren wichtige Unterlagen beiseite schafft.

Tönnies hat Klingspor, der Betrieb arbeitet heute nur noch als Reproanstalt, zum 1. Januar 1985 von der Frankfurter Stempel AG gekauft. Die Frankfurter Stempel AG gehört zum amerikanischen Linotype-Konzern.

Die IG Druck & Papier will gegen Tönnies und die Stempel AG Strafanzeige stellen. Sie geht davon aus, daß der Verkauf von Klingspor an Tönnies in Wirklichkeit ein Scheingeschäft war, daß schon beim Verkauf an eine tatsächliche Weiterführung von Klingspor unter dem neuen Eigner nicht gedacht war.

Dieser Verdacht ist ziemlich plausibel; denn beim Verkauf wechselte das wertvolle Klingspor-Grundstück nicht den Besitzer und fällt damit aus der Konkursmasse heraus. Zweitens hätte der Linotype-Konzern, der übrigens gerade dabei ist, auch die Stempel AG zu liquidieren, sich durch diesen Scheinverkauf erhebliche So-

zialkosten gespart. Im Rahmen des Linotype-Konzerns hätte Klingspor nicht in Konkurs, sondern nur in Liquidation gehen können. Bei einer Liquidation können sich die Sozialansprüche der Beschäftigten auf bis zu 40 Monatslöhnen belaufen. Im Konkursfall aber sind die Sozialansprüche auf zweieinhalb Monatslöhne begrenzt.

Massenentlassungen

Black & Decker, Marktführer auf dem Heimwerker-Elektromarkt, will rund 400 Beschäftigte in den Werken Idstein und Limburg (insgesamt 1400 Beschäftigte in beiden Werken) entlassen. Die Firmenleitung begründete die Maßnahme mit einem Umsatzrückgang um 15 Prozent in den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres. Die gesamte Heimwerker-Branche ist von Krisenproblemen betroffen, die zum einen aus Auswirkungen der Krise in der Bauwirtschaft herrühren, zum anderen einfach ein Folge sinkender Realeinkommen sind.

Black & Decker in Deutschland ist eine Tochterfirma des amerikanischen Konzerns. Der Mutterkonzern versperrt der westdeutschen Tochterfirma den Weg ins amerikanische Exportgeschäft. Das ist der Grund, warum der Branchenriese auf dem westdeutschen Markt Umsatzverluste im Inland besonders schlecht durch Exportsteigerungen ausgleichen kann. Diese Konzernstrategie soll nun

auf dem Rücken von 400 Kolleginnen und Kollegen ausgetragen werden.

Neuer Gesamtmetall-Chef

Als Nachfolger von MAN-Vorstandsmitglied Thiele wurde nun Werner Stumpfe Präsident von Gesamtmetall. Dem Unternehmerverband Gesamtmetall gehören 8716 Betriebe mit 2,8 Millionen Beschäftigten an. Gesamtmetall ist also eine der wichtigsten Kapitalistenorganisationen.

Stumpfe ist Vorstandsmitglied von Mannesmann-Demag seit 1981. Davor war er 10 Jahre Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Stahlindustrie. In dieser Zeit fiel der Stahlarbeiterstreik für die 35-Stunden-Woche und Stumpfe gehörte zu den Initiatoren des Aussperrungs-terrors gegen die streikenden Stahlarbeiter.

Seit 1983 ist Stumpfe bereits Verhandlungsführer von Gesamtmetall in NRW.

Stumpfe forderte gleich nach der Wahl Spitzengespräche zwischen IGM und Gesamtmetall, um „einen Konflikt wie dem um die Arbeitszeitverkürzung im vergangenen Jahr zu vermeiden“. Im gleichen Atemzug wandte sich Stumpfe prinzipiell gegen weitere Arbeitszeitverkürzungen. Stumpfe will offensichtlich „Konflikte vermeiden“, indem die Gewerkschaften auf ihre Forderungen verzichten. Nichts Neues bei Gesamtmetall.



Sozialabbau seit 1982

210 Milliarden netto

Den Armen genommen — den Reichen gegeben

210 Milliarden netto wurden durch die Sparpolitik der Bonner Regierungen seit 1982 „umverteilt“. Diese Politik nach dem Motto „den Armen nehmen, den Reichen geben“ wird in einer Dokumentation, die der IGM-Bezirk Stuttgart unter dem Ti-

tel „Widerstand gegen Sozialabbau“ zusammengestellt hat, im einzelnen aufgelistet. Im folgenden drucken wir die Auflistung der Stuttgarter Kolleginnen und Kollegen ab.

Operation '82

Arbeitslosenversicherung

- Kürzung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe u. a. durch Verlängerung der Vorversicherungszeit von 6 auf 12 Monate, Nichtberücksichtigung von Mehrarbeitszuschlägen.
- Einschränkung der beruflichen Bildung durch Kürzung des großen Unterhaltsgeldes von 80% auf 75% / 68% des letzten Nettoentgelts, Umstellung des kleinen Unterhaltsgeldes (58% auf Darlehen).
- Einschränkung der beruflichen Rehabilitation Behinderter.
- Kürzung bei ABM-Maßnahmen durch Begrenzung auf Personen, die Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen.
- Erschwerung des Bezugs von Kurzarbeitergeld, Erhöhung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung von 3% auf 4%.

Krankenversicherung

- Erhöhung der Rezeptgebühr von 1,— DM auf 1,50 DM, Leistungsausgrenzung von sogenannten Bagatellarzneimitteln.
- Reduzierung der Kosten-

stenerstattung bei zahn-technischen Leistungen, bei Kuren „auf das unbedingt nötige Maß“.

- 5,— DM Selbstbeteiligung bei Fahrten zum Krankenhaus.
- Begrenzung des Krankenhausaufenthalts bei Entbindung auf 6 Tage.
- Kostenerstattung bei Brillen nur noch alle drei Jahre.

Rentenversicherung

- Verlängerung des Wiederbewilligungszeitraums für Kuren auf 3 Jahre, Einschränkung von Kuren für ältere Versicherte.
- Vorziehen des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner vom 1.1.1985 auf den 1.1.1984 in Höhe auf 1%.
- Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für Wehr- und Zivildienstleistende um 25%.
- Streichung von Bundesgeldern für das Altersruhegeld für Schwerbehinderte sowie für die Beitragszahlung bei Mutterschaft.

Sozialhilfe und Wohngeld

- Die Regelsätze der Sozialhilfe werden 1982 und

1983 um lediglich 3% angehoben.

- Mehrbedarfzuschläge (für ältere Behinderte etc.) werden um 10% gekürzt.
- Einkommensfreibeträge beim Wohngeld entfallen.
- Die Zumutbarkeitsanforderungen für den Arbeitseinsatz werden über die Anforderungen des Arbeitsförderungsgesetzes verschärft.

Familie, Frauen

- Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen beim Mutterschaftsurlaub und Mutterschaftsgeld.

- Absenkung des Kindergeldes für das zweite und dritte Kind um jeweils 20,— DM.
- Einschränkung der Sparförderung.

Öffentlicher Dienst

- Kürzung der Bezüge für die ab 1.1.1982 eintretenden Beamtenanwärter zwischen 5,8% und 15,3%.
- Verschiebung der Besoldungsanpassung gegenüber dem Tarifbereich um drei Monate.
- Einschränkung im Beihilferecht des Bundes.

Operation '83

Arbeitslosenversicherung

- Kürzung der Leistungsdauer beim Arbeitslosengeld von 26 auf 17 Wochen bei einjähriger und 52 auf 35 Wochen bei zweijähriger Beitragszeit.
- Senkung von Arbeitslosengeld (Alg), Arbeitslosenhilfe (Alhi) und Unterhaltsgeld (Uhg) durch Neufestsetzung der Tabellenwerte für diese Lohnersatzleistung, Senkung der Bemessungsgrundlage der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose auf die Höhe der Lohnersatzleistungen.

- Erhöhung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4% auf 4,6%.

Krankenversicherung

- Erhöhung der Rezeptgebühr von 1,50 DM auf 2,— DM.
- Mehrbelastung durch sogenannte Selbstbeteiligung der Versicherten bei Kuren von 10,— DM pro Tag, bei Krankenhausaufenthalt von 5,— DM pro Tag.
- Rentenversicherung kürzt einmalig ihre Beitrags-

tragszahlung an die Krankenversicherung für ihre Rentner.

Rentenversicherung

- Verschiebung der Rentenanpassung um 6 Monate auf den 1.7. eines jeden Jahres.
- Vorzeitige Einführung des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner zum 1.7.1983 und Anhebung auf 3% in 1984 mit geplanter Steigerung in den nächsten Jahren.
- Senkung der vom Bund gezahlten Beiträge für Wehr- und Zivildienstleistende um 5%.
- Selbstbeteiligung der Versicherten bei medizinischer Rehabilitation von 10,— DM pro Tag.
- Erhöhung der Beitragsätze zur gesetzlichen Rentenversicherung von 18% auf 18,5%.

Sozialhilfe und Wohngeld

- Verschiebung der Regel-

satzanpassung bei der Sozialhilfe vom 1.1. auf den 1.7. eines jeden Jahres.

- Erhöhung der Regelsätze in 1983 nur um 2% statt 3%.
- Kürzung der Freibeträge für das Wohngeld für nochmals die Hälfte der Wohngeldempfänger.

Familie, Frauen

- Einkommensabhängige Kürzung des Kindergeldes.
- Ausbildungsbeihilfe für Schüler, die bei ihren Eltern wohnen, entfällt.
- Studentenförderung nur noch als Darlehen.

Öffentlicher Dienst

- Senkung und Verschiebung der Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen auf 2% auf den 1.7.1983.
- Kappung der Vorsorgepauschale für Beamte.

Steuern

- Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1.7.1983 von 13% auf 14%.

Operation '84

Arbeitslosenversicherung

- Kürzung von Arbeitslosengeld (Alg), Kurzarbeitergeld (KuG), Schlechtwettergeld bei Kinderlosen von 68% auf 63%, der Arbeitslosenhilfe von 58% auf 56% des letzten Nettoentgelts.
- Senkung des Arbeitslosengeldes für Jugendliche, die nach ihrer Ausbildung arbeitslos werden.
- Weitere Einschränkungen der beruflichen Bildung, Kürzung des (großen) Unterhaltsgeldes von 75% / 68% auf 70% / 63% des letzten Nettoentgelts, Umstellung des (kleinen) Unterhaltsgeldes auf reine „Kann“-Leistung.
- Einschränkung der beruflichen Rehabilitation Behinderter, Beschränkung beim Einarbeitungszuschuß und der Förderung der Arbeitsaufnahme.
- Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags durch Einbeziehung von Einmalzahlungen in die Beitragspflicht.

Rentenversicherung

- Rentenkürzung durch aktuellere Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung.
- Verschärfung beim Bezug von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten.
- Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für Behinderte in Werkstätten, des Kinderzuschusses für Rentenempfänger mit versorgungspflichtigen Kindern.
- Beitragserhöhung der Rentenversicherung durch Einbeziehung von Einmalzahlungen (Urlaubsgeld, 13. Monatseinkommen) in die Beitragspflicht.

Familien, Frauen

- Kürzung des Tagessatzes beim bezahlten Mutterschaftsurlaub von 25,— DM auf 20,— DM.

Öffentlicher Dienst

- Kürzung der Eingangsbesoldung der Beamtenanwärter während der Probezeit für zwei Jahre danach.
- Kürzung der Beamtenanwärterbezüge ab 1.1.1984.
- Versuch entsprechende Regelungen auch in Tarifverhandlungen für Arbeiter und Angestellte durchzusetzen.

Behinderte

- Einschränkung der Regelung über die unentgeltliche Beförderung Behindeter.
- Einschränkung der Kfz-Steuerbefreiung für Behinderte

Großer Ratschlag der Friedensbewegung

Am 16./17. Juni tagte in Köln mit zeitweise 800 Teilnehmern der „Große Ratschlag“ der Friedensbewegung. Die Konferenz bestand aus Eingangsstellungen, die im Koordinationsausschuß vertretenen Spektrern, aus 13 Arbeitsgruppen und einem Abschlußplenum, das eine Erklärung verabschiedete.

Die Konferenz war schon ein Zeichen dafür, daß die Friedensbewegung nach wie vor über lebensfähige Diskussions- und Aktionszusammenhänge verfügt. Den Koordinationsausschuß wird es weiterhin geben, ein Vorteil für das Weiterbestehen einer zumindest noch relativ unabhängigen Friedensbewegung und ein gewisses Hindernis dafür, daß das Potential der Bewegung von SPD,

Grünen und DKP weggesaugt wird.

Im Herbst wird es vom 11.—16. 11. eine bundesweite Info-Woche der Friedensbewegung geben; am 16. 11. sollen in möglichst vielen Orten Friedensversammlungen stattfinden.

Wir dokumentieren auf dieser Seite die Abschlusserklärung des „Großen Ratschlages“. Als Kompromißpapier ist sie Ausdruck der inhaltlichen Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Strategievorstellungen, die auf der Konferenz zu Tage traten. Sowohl das DKP- als auch das sozialdemokratische Spektrum orientierte auf eine weitgehende Konzentration der Friedensbewegung auf eine Verhinderung bundesdeutscher Beteiligung an SDI,

auf einen Stopp des Stationierungsprozesses (im Unterschied zum restlosen Abbau auch aller schon stationierten Raketen), auf ein Einfrieren des Rüstungshaushaltes und eine neue Entspannungs- und Außenpolitik. Also auf einen Forderungsrahmen, der mit einer für 87 erwarteten Bundesregierung verhandelbar erscheint, der aber andererseits auch — wie gehabt — ein weitgehendes Aufgehen der Friedensbewegung in einer Neuauflage sozialdemokratischer Entspannungspolitik wahrscheinlich machen würde. Diese Vorstellungen konnten sich aber im beschlossenen Papier so nicht durchsetzen.

Eine Verengung der Friedensbewegung auf einen „neuen Minimalkonsens SDI“ kam nicht zu-

stande. Die Erklärung stellt insofern einen Fortschritt dar, als die Rolle der Bundesregierung stärker angegriffen wird, die bundesrepublikanische Beteiligung an der gesamten Palette der NATO-Kriegsführungsvorbereitungen gezeigt wird und zum Widerstand nicht nur gegen „das drohende nukleare Inferno“ sondern auch gegen tatsächlich stattfindende imperialistische Kriege (Interventionskriege) aufgerufen wird. Auch muß eine Ablehnung der WEU und des Eureka-Programms als ein Pflöckesetzen gegenüber dem sozialdemokratischen Spektrum gesehen werden.

Die Konferenz machte auch die unterschiedlichen Positionen der „Gradualisten“ und der „Unilateralisten“ an einigen Punkten deutlich. Während die Gradualisten (wofür man neben Sozialdemokraten auch das DKP-Spektrum zählen muß) zwar auch für punktuelle einseitige Abrüstungsschritte („Vorleistungsschritte“) eintreten, den weiteren Abrüstungsprozeß aber von dem

„Nachziehen“ des Warschauer Vertrags abhängig machen (weil sie von unterschiedlichen Ansätzen aus das Gleichgewicht der Militärblöcke für unverzichtbar und geradezu friedensstiftend halten), treten die Unilateralisten für eine einseitige Abrüstung in der BRD ohne Wenn und Aber ein; zu diesem Lager zählen Teile der Grünen, die BUF und die revolutionären Kräfte. Dies wird neben der Zuspitzung auf die NATO eine wichtige künftige Auseinandersetzungslinie sein.

Der BUF-Zusammenhang verhielt sich bei der Schlußabstimmung nicht einheitlich. Auf einheitliche Ablehnung beim BUF stieß die Euphorie im Aktionsteil der Erklärung („Hundert, ja Tausende Friedensversammlungen“), weil zuviel Optimismus zuviel Resignation produzieren kann.

Genossinnen und Genossen unserer Partei stimmten der Abschlusserklärung als einem für uns noch akzeptablen Kompromißpapier zu.

RM-Dokumentation Abschlusserklärung des „Großen Ratschlages“ der Friedensbewegung am 16./17. 6. 85 in Köln:

Für das Überleben neu mobilisieren Frieden schaffen durch Abrüstung und Gerechtigkeit den Rüstungswahnsinn beenden

Millionen Menschen überall auf der Welt wollen nicht länger tatenlos hinnehmen, daß Strategien entwickelt und Waffen aufgestellt werden, die Krieg, sogar den Atomkrieg, führbar machen sollen und immer wahrscheinlicher machen. Niemals zuvor war Bewegung für den Frieden so wichtig. Die Notwendigkeit zur Umkehr vom Rüstungswahnsinn stellt sich heute drängender denn je.

Die qualitativ neuartige Aufrüstung bedroht zunehmend die Existenz der gesamten Menschheit:

- durch die Militarisierung des Weltraums und durch die Erhöhung der Zielgenauigkeit von Atomwaffen,
- durch die Aufstellung der Erstschlagswaffen Pershing II in der Bundesrepublik,
- durch die Ausrüstung mit neuartigen weitreichenden zielgenauen konventionellen Angriffswaffen,
- durch offene Interventionsdrohungen gegen Länder der „dritten Welt“.

Wir wollen nicht, daß mit der von den USA und der NATO betriebenen umfassenden Aufrüstung eine militärische Überlegenheit auf allen Eskalationsebenen angestrebt wird. Wir wollen nicht, daß z.B. mit der AirLand-Battle-Doktrin und schnellen Eingreiftruppen die Fähigkeit zur Kriegsführung in allen Teilen der Welt geschaffen werden.

Rüstung tötet täglich — durch Rüstungsexporte in die dritte Welt, offene und verdeckte Interventionskriege, Atomwaffentests und durch Entzug der Mittel, die zur Bewältigung des Hungers erforderlich sind. In jeder Sekunde werden weltweit 100000 DM für die Rüstung verschwendet.

Rüstung treibt immer mehr Menschen in soziales Elend und Arbeitslosigkeit.

Rüstung zerstört unsere Erde — durch Ausplünderung der natürlichen Ressourcen und Zerstörung der Umwelt.

Die Bundesregierung hat zu verantworten, daß unser Land zur atomaren Abschlußrampe für den „Sieg im Atomkrieg“ ausgebaut wird. Die Bundeswehr wird mit neuartigen weitreichenden „konventionellen“ Waffen umgerüstet, die den Osten bedrohen und einschüchtern sollen und den Bundeshaushalt in den nächsten Jahren ruinieren. Die Bundesregierung hat sich vertraglich verpflichtet, die USA im Falle eines Interventionskrieges militärisch zu entlasten. Bundeskanzler Kohl rechtfertigt das „Krieg der Sterne“-Programm Reagans als defensiv,

obwohl es die Angriffsfähigkeit der USA erhöht.

Die Bundesregierung ist für die wachsende Unsicherheit und Instabilität in Europa in großem Maße verantwortlich. Ihrer Entscheidung zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles folgte die Stationierung von noch mehr sowjetischen Raketen (SS 22, SS 23), die auf unser Land gerichtet sind. Ihre Zustimmung zum neuen offensiven Konzept der NATO und zu den Rüstungsprogrammen für Westeuropa kurbelt den Rüstungswettlauf an, erhöht die militärische Konfrontation und untergräbt die politischen Beziehungen zwischen Ost und West. Auch die WEU-Politik der Bundesregierung ist weder auf „Entnuklearisierung“ noch auf Verminderung der militärischen Konfrontation gerichtet. Sie wird — ganz gleich ob als „zweiter Pfeiler Westeuropas“ oder als „eigenständiger Verteidigungsbeitrag“ — zur Verstärkung der NATO an der Seite der USA führen. Teile der Regierungskoalition wollen sogar eine eigenständige westeuropäische Atomstreitmacht.

Die Bundesregierung versucht, die Öffentlichkeit über die Gefahren der Aufrüstung hinwegzutäuschen:

- „Raketenabwehrschirme“, wie sie in den Programmen zur Militarisierung des Weltraums vorgesehen sind, schützen uns nicht vor den Folgen eines Atomkrieges.
- Der „konventionelle“ Aufrüstungsschub vermindert die Atomkriegsgefahr nicht, sondern erhöht die Bereitschaft zum Waffeneinsatz.
- „Zivilschutz“ schützt niemanden vor den Kriegsfolgen, sondern soll die selbstmörderische Illusion schüren, in Mitteleuropa einen Krieg führen und überleben zu können.

Die Bundesregierung muß statt aufzurüsten eigenständige, auch einseitige, Schritte zum Abbau der militärischen Konfrontation und zur Abrüstung unternehmen. Sie muß zusammen mit anderen Staaten für eine Politik der Entspan-

nung und Versöhnung eintreten.

Frieden läßt sich weder im Westen noch im Osten durch immer zerstörerischere Waffen sichern, sondern allein durch eine konsequente weltweite Politik der Zusammenarbeit, der Verständigung und der Abrüstung, Gerechtigkeit für und Solidarität mit den Ländern der „Dritten Welt“, dies heißt heute besonders auch Solidarität mit Nicaragua, damit der dort begonnene neue Weg nicht behindert wird.

(Ausbau und Vergrößerung der militärischen Infrastruktur wie Verlängerung des Militär- und die weitergehende skandalöse Verlängerung des Zivildienstes, Gesundheitskräftesicherstellungs-, Arbeitskräftesicherstellungs- Zivilschutzgesetz usw.), Beendigung der zivil-militärischen Zusammenarbeit, der Notstandsplanung als Teil der Kriegsvorbereitung.

- Einsatz der für Rüstung vorgesehenen Mittel zur Überwindung



Wir fordern von der Bundesregierung,

- allen Plänen der US-Weltraummilitarisierung eine klare Absage zu erteilen und keinerlei Mittel für militärische Weltraumforschung auch nicht im Rahmen eines westeuropäischen Eureka-Programms — zur Verfügung zu stellen
- Stopp der Stationierung und Abbau der Pershing II-Raketen, Verzicht auf die 1986 geplante Aufstellung der Cruise Missiles, Beseitigung aller in der BRD gelagerten Massenvernichtungswaffen
- keine Erhöhung, sondern sofortige Senkung des Rüstungshaushaltes, Verzicht auf die Einführung von neuen Waffensystemen, die der Verwirklichung offensiver Kriegsführungspläne (wie FOFA und die AirLand-Battle-Doktrin) dienen können, Absage an jegliche Militarisierung Westeuropas (z.B. Ausbau der WEU, Ablehnung jeglicher Interventionspolitik
- Beendigung der inneren Militarisierung der Bundesrepublik

von Hunger und Elend in der „Dritten Welt“, von Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit.

Die Sicherung des Friedens, die Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen und der Abschreckungsdoktrin, Solidarität und Gerechtigkeit für die „Dritte Welt“ können nur durchgesetzt werden, wenn sie nicht den Regierungen überlassen bleiben, sondern zur Sache des ganzen Volkes werden.

Wir sind herausgefordert, alternative Sicherheitskonzepte unter Einbeziehung des Konzepts der sozialen Verteidigung und der strikten Defensivverteidigung sowie von Konversionsplänen für die Rüstungsindustrie zu entwickeln. Unsere Aktivität ist darauf gerichtet, die Menschen weiterhin und erneut zum eigenen Handeln für den Frieden zu bewegen.

Dafür müssen wir die Desinformationspolitik der Bundesregierung und Medien eine umfassende Informationskampagne entgegenzusetzen, mit der wir möglichst viele

Menschen erreichen. Dazu bedarf es der aktiven Mitarbeit aller, die in den vergangenen Jahren gelernt haben, daß es zu eigenem politischen Handeln und Engagement keine Alternative gibt.

Um dies erneut sichtbar zu machen, wollen wir mit einer „Informationswoche der Friedensbewegung vom 11. bis 16. November 1985 uns erneut zu Wort melden.“

Wir unterstützen die Aktionswoche des Deutschen Gewerkschaftsbundes, denn der Abbau von Arbeitsplätzen und Leistungen für Bildung, Gesundheit und Soziales sind direkte Folgen der laufenden Erhöhung der Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt.

Wir rufen auf:

- Beteiligt Euch an den regionalen Abschlusssitzungen der Aktionswoche der Gewerkschaftsbewegung gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau am 19. Oktober.
- Informiert in der Informationswoche der Friedensbewegung vom 11. bis 16. November die Bevölkerung über die herrschende Unsicherheitspolitik, unterstützt die Forderungen und Aktionen der Friedensbewegung und unterstützt auch weiterhin Aktionen des zivilen Ungehorsams.
- Tragt die Diskussion darüber in alle gesellschaftlichen Bereiche, in Betriebe, Kirchengemeinden, Schulen, Hochschulen, Verwaltungen, Kasernen!
- Kommt am 16. November in Eurer Stadt, Eurer Gemeinde, Eurem Dorf zu den örtlichen Veranstaltungen der Friedensbewegung unter dem Motto: „Signal für Frieden durch Abrüstung“
- Machen wir am 16. November überall in diesem Land in Hunderten, ja Tausenden, von Orten die Friedensversammlungen zu einer unübersehbaren Demonstration dafür, daß wir die drohende Katastrophe nicht tatenlos hinnehmen werden, sondern eine wirkliche Friedenspolitik durchsetzen wollen!

Die Woche vom 11.—16. November 1985 soll ein erster Höhepunkt unserer Mobilisierung für das Leben sein, ein großes Friedensgespräch mit den Mitbürgerinnen und -bürgern, eine konkrete Warnung an Regierung, Parlament und Parteien und ein Auftakt für unsere Friedensarbeit im UNO-Friedensjahr 1986. Um darüber zu beraten, laden wir zu einer Konferenz „Friedensjahr 1986“ am 14./15. Dezember 1985 ein.

Dieser Aufruf wurde vom Koordinationsausschuß in der Nacht vom 16. auf den 17. Juni 1985 einstimmig beschlossen.

USA auf Interventionskurs

„Eine Abstimmung für Tod, Zerstörung und Leiden“

Der Dollar rollt für die Contra

Der Abstimmungserfolg der Reagan-Administration ist möglich geworden, weil viele Abgeordnete der Demokratischen Partei auf Reagan-Kurs umgeschwenkt sind. Im Zuge der Welle des Nationalismus, der Hetze gegen Nicaragua und der Propaganda der Stärke in den USA fürchten sie, vom Wähler als „nachgiebig gegenüber dem Kommunismus“ angesehen zu werden. Die Propagandawelle der Reagan-Administration, die Hetze der Presse, die Offensive der Reaktion in den USA haben den Boden bereitet, auf dem jetzt der Sturz der sandinistischen Regierung mit allen Mitteln, einschließlich einer direkten Intervention von US-Truppen nicht nur diskutiert, sondern auch vorbereitet wird.

Ronald Reagan sieht die „realistische Möglichkeit“ des Truppeneinsatzes, „wenn andere politische Alternativen nicht zum Ziel führen“. Und das Ziel ist der Sturz der sandinistischen Regierung, und der Präsident sagte, er werde bei seiner Politik bleiben, „bis sie das Handtuch werfen“. US-Außenminister Shultz spricht auch schon von der „steigenden Gefahr, amerikanische Kampftruppen einsetzen zu müssen.“ Die „New York

Times“ schrieb zur Frage des US-Truppeneinsatzes, „daß dieses Thema in offiziellen Kreisen schon zum Tagesgespräch geworden ist.“ Und wie Stimmung gemacht wird für eine Invasion, zeigt das folgende Beispiel. In den USA kursiert eine Meinungsumfrage, die die CIA (!) in Managua (!) gemacht haben will, nach der die nicaraguanische Bevölkerung schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Invasion tolerieren oder gar wünschen würde, daß die Begeisterung für die Sandinisten erlahmt sei.

„Viele in Reagans Umgebung wollen es tun“, zitiert der „Spiegel“ einen US-Diplomaten. Der US-Kongreß hat die letzten Barrieren gegen diese Politik abgebaut. Unwidersprochen schreibt die als seriös geltende US-Zeitschrift „Nacla Report on the Americas“: „Die Vereinigten Staaten haben ihre Kampfeinheiten darauf vorbereitet, Nicaragua anzugreifen.“ Der Kongreßbeschuß vom vergangenen Mittwoch ist zunächst „nur“ eine enorme Stärkung der

Contra. Die Ziele dieser Politik sind klar: Entweder die konterrevolutionären Banden schaffen es, die sandinistische Regierung in die Knie zu zwingen — dadurch daß Unruhe im Land entsteht. Daß durch langandauernde Sabotageakte das öffentliche Leben, die Versorgung der Bevölkerung aus den Fugen gerät, die Aufwendungen für Verteidigung, der nicaraguanischen Revolution immer höher werden, daß die Bevölkerung um jeden Preis „Ruhe“ haben will. Zeichnet sich ein „Erfolg“ dieser Politik nicht schnell ab, so könnten „Zwischenfälle“ ein Eingreifen der USA „nötig“ machen. Im Kriegsszenario, das in Washington ausgearbeitet wird, werden jetzt schon mehrere Möglichkeiten diskutiert. Die durch die Stärkung der Contra notwendigen Waffenkäufe der nicaraguanischen Armee könnten ein Invasionsgrund sein, oder ein „Grenzzwischenfall“, wie es ihn kürzlich schon gab. Am 31. Mai waren Contras, die von Costa Rica aus nach Nicaragua eingedrungen

waren, von nicaraguanischen Einheiten zurückgetrieben worden. Anschließend wurden zwei costaricanische Polizisten tot aufgefunden. Aus Costa Rica kamen dann vehemente Angriffe gegen Nicaragua, das nach Costa Rica „eingedrungen“ sei. Die sandinistische Regierung stritt das entschieden ab, und machte ARDE-Rebellen für den blutigen Zwischenfall verantwortlich, aber in Costa Rica wurden Emotionen geschürt, das Gespenst des „expansiven“ Sandinismus wurde an die Wand gemalt. Eine Probe für den „Tag X“?

Nicaragua rüstet sich gegen die gewachsene Bedrohung. Im Februar noch hatte Staatspräsident Ortega den Abzug aller kubanischen Militärberater und die Einstellung von Waffenkäufen verkündet. Dieses Angebot war an die Bedingung gebunden, daß die USA die Contras nicht weiter aufrüsten und ausrüsten. Dieses Angebot ist hinfällig. Dies verkündete die sandinistische Regierung am vergangenen Donnerstag. In einer Rede, die

in Rundfunk und Fernsehen übertragen wurde, nannte Ortega den Kongreßbeschuß eine „unannehmbare, illegale und unmoralische Einmischung in Nicaraguas Angelegenheiten“ und einen Verstoß gegen das Völkerrecht. Ortega sagte: „Unter den gegebenen Umständen größerer militärischer Bedrohung seitens der Vereinigten Staaten können wir Nicaraguaner alle für die Verteidigungspläne erforderlichen Schritte und die nötige Kooperation in Betracht ziehen.“ Commandante Ortega rief das nicaraguanische Volk auf, „die Verteidigungsanstrengungen zu verdoppeln und die Kampfkapazitäten zu vervollkommen, um die Konterrevolution und eine etwaige Invasion zurückzuschlagen.“

Die nicaraguanische Revolution ist sicherlich in ihrer schwersten Zeit. Der Druck auf das Land und

seine Bevölkerung nimmt praktisch täglich zu. Auch die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik, alle fortschrittlichen Menschen sind gefordert. Der Plan der US-Regierung darf nicht gelingen. Dazu gehört auch unüberhörbarer Protest gegen die Komplizenschaft Bonns bei der Kriegsvorbereitung. Wie weit die schon geht, macht eine Meldung vom vergangenen Samstag klar. Der parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, Volker Köler (CDU), sagte nach einer Reise durch Mittelamerika, die Nachbarländer hielten es offensichtlich nicht mehr für ausreichend, daß Managua seine Aktivitäten auf eigene Land beschränke. Die Nachbarländer (also die Militärdiktatur Honduras, das faschistisch regierte El Salvador und das „Musterland“ für Multi-Konzerne Costa Rica — RM) sähen unter einer sandinistischen Regierung ihre Sicherheit bedroht. Das ist doch nichts anderes, als eine Vorabzustimmung für die „Befreiung Nicaraguas“ durch die US-Marinens aus Bonn.

Contra-Einheit

Welch ein Zufall! Zur gleichen Zeit, da das US-Repräsentantenhaus die Millionen-Dollar-Hilfe bewilligt, vereinigen sich die beiden größten nicaraguanischen Contra-Organisationen. Am vergangenen Mittwoch wurde in San Salvador während einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß sich die konterrevolutionäre Organisation Demokratische Kräfte Nicaraguas (FDN), die vorwiegend von Norden aus, von Honduras operiert und die von Süden, von Costa Rica aus kämpfende Revolutionäre Demokratische Allianz (ARDE) zur „Union der nicaraguanischen Opposition“ zusammengeschlossen haben. Der Bekanntgabe dieser Vereinigung wohnten die Chefs von FDN, Adolfo Calero, von ARDE, Alfonso Robelo sowie der als Präsidentschaftskandidat zurückgetretene Führer der rechten Oppositionsparteien Nicaraguas, Arturo Cruz, bei. Die Führer der neuen Union erklärten, sie hätten die Grundlagen für eine „neue demokratische Regierung“ erarbeitet, die im Falle einer Machtübernahme der „demokratischen Kräfte“ geschaffen würde. Sie verlangen als erstes die Bildung einer Übergangsregierung, die dann „international überwachte Wahlen“ ausschreiben soll.

Wie die Vereinigte Contra ihre Ziele erreichen will, wird deutlich an der Stellungnahme eines der sechs Direktoren der FDN. Indalecio Rodriguez Alaniz

sagte in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa: „Die nordamerikanische Wirtschaftshilfe wird uns von den großen Ausgaben für Medikamente, Lebensmittel und Kleidung entlasten, so daß wir uns ausschließlich auf die Finanzierung von Waffenkäufen konzentrieren können. Wir werden noch mehr Finanzhilfe für unseren Kampf erhalten, besonders von privaten Institutionen und Einzelpersonen in den Vereinigten Staaten und Europa.“ Der Krieg wird forciert, die „Demokratischen Kräfte“ wollen mit Waffengewalt die Regierung stürzen und die Macht übernehmen. Und welche konkreten Folgen die neue Dollar-Hilfe hat, rechnete Rodriguez Alaniz der Presse vor: Gegenwärtig habe die FDN 17000 Mann unter Waffen. Bis September könne man soviel Menschen rekrutieren, daß man auf 22000 Soldaten käme, im November seien es dann 30000, die auf das Kommando der alten Somoza-Offiziere hörten. Rodriguez Alaniz weiter: „Wenn wir angemessene ... Ressourcen erhalten, werden wir die große Schlacht gegen die Sandinisten im Dezember gewonnen haben, so daß unser leidendes Volk ... sich eines Systems der Demokratie und Freiheit erfreuen kann.“ Genau eines solchen Systems unter den US-hörigen Verbrechen hat sich Nicaragua vor knapp sechs Jahren entledigt. Die US-Finanzhilfe und die Vereinigung der Contra soll diesen Erfolg rückgängig machen.

Contra-Internationale

Vor einem eigenen Einmarsch den Gegner von innen her zu schlagen, über gekaufte Verbrecher und Söldner ein Land zu destabilisieren, ohne sich direkt die Hände schmutzig zu machen, das ist unter Ronald Reagan erklärte Politik des US-Imperialismus. Wie offen diese Politik betrieben wird, machte kürzlich ein Treffen im Busch von Angola deutlich. Vor den Augen der Weltpresse wurde mit direkter Unterstützung der US-Regierung eine internationale Vereinigung konterrevolutionärer bewaffneter Banden gegründet.

Anfang Juni kam eine seltsame Versammlung in Südafrika an. Auf Einladung des fanatischen Kommunistenhassers und Multimillionärs Lewis Lehrman aus den USA kamen der afghanische Mudjaheddin-Führer Gulum Wardak, der nicaraguanische Contra-Boss Adolfo Calero nach Johannesburg. Zusammen mit vielen geladenen Journalisten flogen sie mit einer gecharterten Maschine nach Angola, in das von der prowestlichen Unita-Rebellen „befreite Gebiet“. Begrüßt vom Unita-Chef Jonas Savimbi bedauerte man zunächst das Ausbleiben anderer geladener Gäste: die von Prinz Sihanouk und Son Sann geleiteten kambodschanischen Widerstandsgruppen und

die mozambiquische Rebellenorganisation RENAMO begrüßten das Treffen, waren aber „leider verhindert“ daran teilzunehmen.

In Jamba, im Busch Angolas, wo die Unita ihr Hauptquartier hat, schritt man dann zur Gründung einer „Demokratischen Internationale“. Damit die anwesenden Journalisten nicht auf die Idee kämen, es handle sich nur um eine Versammlung von großwahnsinnigen Häuptern von kleinen Verbrecherorganisationen wurden zunächst eine Grußbotschaft des Hintermannes, des geistigen Vaters der „Demokratischen Internationale“ verlesen. Ronald Reagan — natürlich, wer sonst — hatte dem Treffen einen Brief geschrieben. „In der gesamten Welt“, so Reagans Botschaft an die Contras im Busch, „tun sich die Völker zusammen, um ihr Schicksal selbst zu bestimmen und sich von fremden Einfluß und fremden Ideologien zu befreien. Dies ist ein globaler Trend und eine der hoffnungsvollsten Entwicklungen unserer Zeit.“ Ein Trend, der durch den Dollarfluß bestimmt wird, der nicht nur die nicaraguanischen Contras stärkt, sondern mittlerweile auch wieder die Unita, die nach jahrelanger Geldsperre jetzt wieder Millionen aus Washington

erhält. Zehn Jahre hatte die Sperre für die Unita im US-Kongreß Bestand, jetzt ist sie wieder gefallen, der Krieg in Angola wird angeheizt. Welche Summen da von Washington aus in die Welt gehen, macht die Unterstützung für prowestliche Mudjaheddins in Afghanistan deutlich. 400 Millionen Dollar sind seit 1979 nach Afghanistan geflossen, für 1985 allein sind 250 Millionen Dollar bewilligt.

Die Versammlung in Jamba verabschiedete auch eine Deklaration, in der sich die unterzeichnenden Organisationen zu gegenseitiger Hilfe verpflichteten „um unsere Völker von den sowjetischen Imperialisten zu befreien“. Die Deklaration, den ganzen Reaganschen „Freiheitsidealen“ verpflichtet, ist nichts anderes als ein Papier des antikomunistischen „Rollbacks“ in der Dritten Welt. Die versammelten Konterrevolutionäre fühlen sich ihrer Sache so sicher, daß sie bereits planen, für ihre „Internationale“ ein Büro in Washington zu eröffnen. Zur Befehlshaber-gegennahme, da kann man sicher sein, aber auch zur Entgegennahme der Dollars, denn keine der Organisationen hätte Bestand ohne die Dollars des großen Bruders im Weißen Haus. Und dort werden schon Pläne diskutiert, die lästi-

gen Debatten um die Finanzierung jedes einzelnen dieser Haufen zu beseitigen. Mitarbeiter Reagans und einflußreiche republikanische Senatoren erwägen neben der Errichtung eines Koordinationsbüros für pro-amerikanische Rebellen auch einen „Freiheitskämpferfonds“, aus dem diverse Rebellen schnell und großzügig bedacht werden können. Der Staatssekretär im Pentagon, Richard Armitage, sagte erst kürzlich vor dem Kongreßausschuß: Die Feinde „unseres Feindes können sich unserer Freundschaft sicher sein, sofern sie unser Wertesystem ... teilen“. Was dabei herauskommen soll, kennt man. Regime, die das amerikanische „Wertesystem teilen“ gibt es auf den Philippinen, in Südafrika, in Haiti, Honduras oder Chile. Die Liste könnte man beliebig verlängern. Für solche Systeme, gegen fortschrittliche und revolutionäre Regierungen macht Reagan mobil. Zuerst über die Söldnerhaufen, die Contras. Ihre Aufgabe ist nichts anderes als dem US-Imperialismus die Drecksarbeit abzunehmen, zumindest aber den USA Vorwände für Aggressionen und Völkermord zu liefern. Denn nichts anderes ist, auf den Punkt gebracht, die Politik, die aus Washington kommt.

Berichte aus Tigray

Die Artikel auf dieser Seite stammen von der Tigray Volksbefreiungsfront, die gegen den Der-

gue, den herrschenden Militär in Äthiopien kämpft und schon weite Teile ihres Territoriums befreit hat. Sie zeigen auf, wie die Herrschenden von Addis Ababa die große Hungersnot im Lan-

de für ihre Zwecke auszunutzen versuchen.

In Tigray wird im Sommer eine marxistisch-leninistische Partei gegründet. Auf Einladung ist ein RM-Reporter nach Tigray unterwegs und wird nach der Sommerpause ausführlich berichten.

Das „Umsiedlungsprogramm“ des Dergues

Die Umsiedlung wurde bald nachdem der Dergue an die Macht kam und die Kommission zur Unterstützung und Sanierung einrichtete zum Bestandteil der Politik des Regimes in Addis Ababa. 1979 wurde die Umsiedlung in Staatsfarmen eingeleitet. Von 1979 bis 1980 vertrieb das Militärregime mehrere Tausend Bauern gewaltsam aus Wollo und Tigray und siedelte sie in Wollega an. Gleichzeitig wurden Bauern aus anderen Gebieten auf die Humera Staatsfarm in Tigray umgesiedelt. Damit wurde bezweckt, diese Menschen als billige Arbeitskräfte und als Kononenfutter gegen die Widerstandsbewegung in diesen Gebieten zu benutzen. Deshalb bestand auch die Masse dieser sogenannten Umgesiedelten aus Männern, die man von ihren Familien losgerissen hatte. Viele flüchteten. Tigrayer, die man nach Süden gebracht hatte, liefen nach Hause und diejenigen, die auf die Humera Staatsfarm gebracht worden waren, gingen in den Sudan und versuchten dort, das internationale öffentliche Interesse auf die Aktivitäten des Dergue zu lenken.

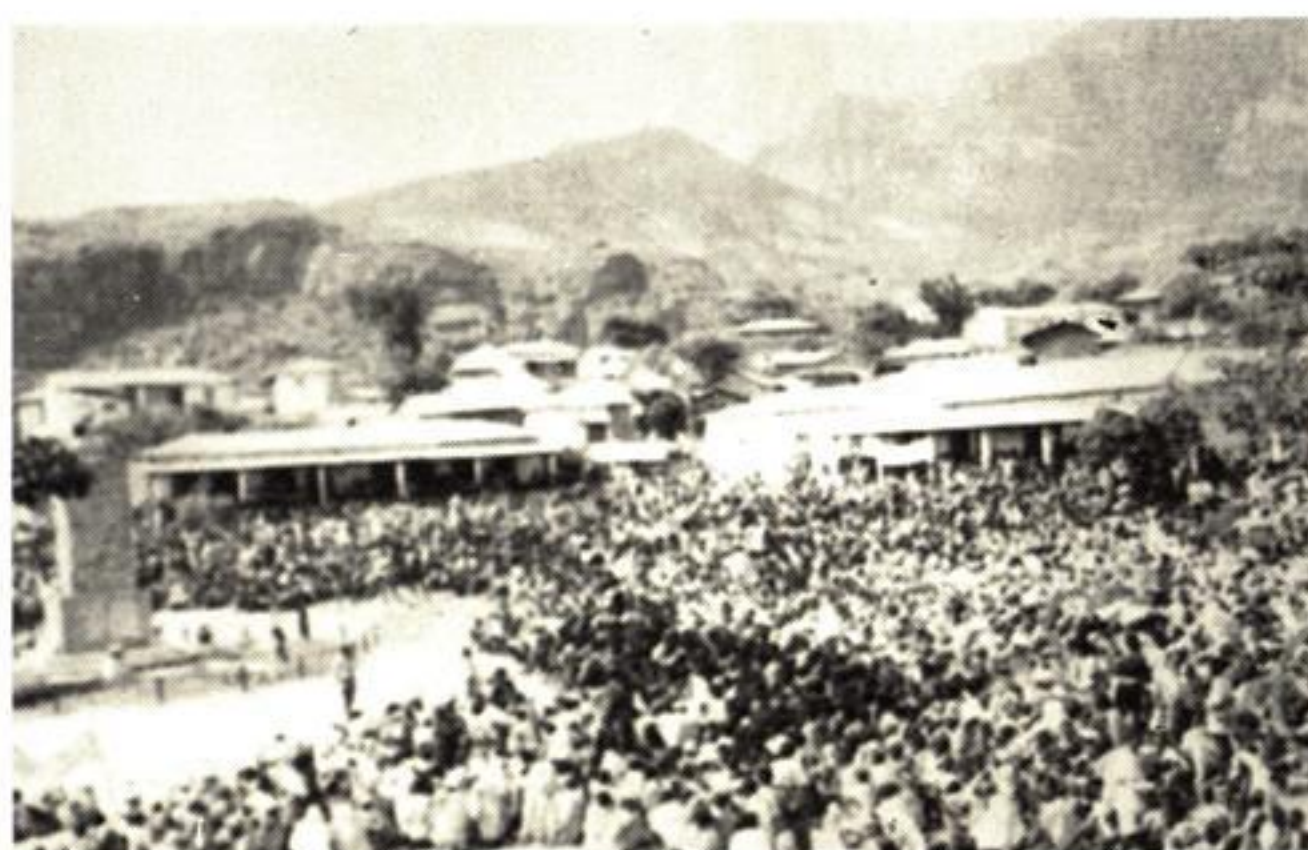
Damals weigerten sich viele freiwillige Einrichtungen und Regierungen, dieses Programm zu unterstützen, obwohl das Regime von Addis Ababa wie gegenwärtig auch, unter dem Vorwand der humanitären Unterstützung für die Opfer der Hungersnot oder für „Rückkehrer“ versuchte, finanzielle Hilfe zu bekommen. Diejenigen, die sich weigerten, dieses Programm zu unterstützen, betrachteten es als die Durchführung von Zwangsarbeit, die es auch tatsächlich war. Aus diesem Grund und deshalb, weil die Umgesiedelten dieses Programm vollständig ablehnten und sabotierten und weil sie wegen Unterernährung und fehlender medizinischer Versorgung nicht in der Lage waren, vernünftig zu arbeiten, war dieses Programm ein vollständiger Mißerfolg.

Wenn man sich die Kriterien für ein erfolgreiches Umsiedlungsprogramm vor Augen hält, dann wird offensichtlich, warum das Umsiedlungsprogramm des Dergue von 1979 zum Mißerfolg wurde:

Erstens muß eine solche Bewegung freiwillig sein — der menschliche Faktor ist der Schlüssel zu jeder Art von Umsiedlung. Diese freiwillige Entscheidung muß auf tatsächlichen Informationen über die Bedingungen in den Umsiedlungsgebieten und die Bestandteile des Umsiedlungsprogramms beruhen. Zweitens muß das Umsiedlungsgebiet dem Herkunftsgebiet in der Geographie, in Klima und Kultur ähnlich sein. Drittens müssen die Umsiedler angemessen vorbereitet werden, auch

Im November 1984 verkündete das Militärregime in Addis Ababa seine Pläne, 2,5 Millionen Opfer der Trockenheit aus Nordäthiopien, vor allem aus Tigray und Wollo, in die südlichen Teile des Landes umzusiedeln. Der Plan — so der Dergue — sollte bewirken, daß die Folgen der Trockenheit und der Hungersnot in der Zukunft gemildert, wenn nicht sogar ganz ausgeremert werden soll-

ten. Die Wirklichkeit sieht allerdings — wie wir in diesem Artikel beweisen werden — erheblich anders aus als dieses Bild von humanitärer Unterstützung und Betroffenheit, das der Dergue malt. Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden zeigen, daß dieses Programm aus politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gründen initiiert wurde und jeden humanitären Aspekt vermissen läßt.



Eine Versammlung der Tigray-Befreiungsfront im befreiten Gebiet

darüber, ob Unterkünfte zur Verfügung stehen bzw. Materialien, um sie herzustellen, ob es Nahrungsmittel gibt und eine ausreichende Infrastruktur, um die Versorgung zu sichern. Es muß eine gut ausgebaute Kanalisation geben und ein Gesundheitswesen. Es muß finanzielle Unterstützung für das Programm geben und die nötigen Fachleute, um es vernünftig durchführen zu können. Schließlich sollte das Programm Schritt für Schritt durchgeführt werden und auf jeder Stufe gründlich überprüft werden.

Das Umsiedlungsprogramm von 1979 entsprach keinem einzigen dieser Kriterien. Die Menschen wurden zwangsweise in kulturell und geographisch sehr verschiedene Gebiete gebracht. Sie

wurden dort von Seuchen befallen, gegen die sie keine Abwehrkräfte hatten, erhielten keine medizinische Versorgung und nur sehr wenig Lebensmittel. Das Programm war nicht effektiv organisiert. Es war vielmehr ein politisch motiviertes verunglücktes Experiment über den Einsatz von Zwangsarbeit zu minimalen Kosten. Das Programm mißglückte und der Dergue war gezwungen, es vorübergehend fallenzulassen.

1984, fünf Jahre später, begann der Dergue erneut mit seinem Umsiedlungsprogramm. Es wird derselbe Vorwand der angeblichen Unterstützung für die Opfer der Hungersnot benutzt, um finanzielle Hilfe für die geplante Umsiedlung von 2,5 Millionen Menschen zu bekommen. Diesmal bis zu ei-

nem gewissen Grad mit Erfolg. Aber keine einzige der Bedingungen, die zum Mißlingen des letzten Programms geführt hatten, wurden geändert.

Auch diesmal wird das Weggehen erzwungen. Opfer der Hungersnot werden mit dem Gewehr im Anschlag auf Lastwagen gezwungen, Familien werden auseinandergerissen, Frauen, denen man die Männer weggenommen hat, bleiben schreiend zurück und die Menschen werden wie Tiere in Flugzeuge gestopft, aus denen alle Sitze entfernt wurden. Das Gebiet, in das diese Hochland-Menschen gebracht werden, ist eine Tiefebene, heiß, feucht, voll von Malaria und anderen Seuchen, die in Niederungen vorkommen, Seuchen, gegen die die Tigrayer aus dem

Hochland keinerlei Widerstandskräfte entwickelt haben. Und wieder wurden keine Vorbereitungen für die Ankömmlinge getroffen. Sie müssen sich ihre Unterkünfte selbst bauen oder den Oromo Bauern wird befohlen, sie zu bauen. Als Material dafür müssen das wenige Holz und das wenige Gras genommen werden, das vor Ort vorhanden ist. Es gibt keine Kanalisation und kein Gesundheitswesen. Wenn es überhaupt Lebensmittel gibt, stehen sie nur in sehr geringen Mengen zur Verfügung. Ein Großteil der gespendeten Hilfsgüter wird dazu verwandt, um die Regierungstruppen zu ernähren oder wird verkauft, um die Staatsfinanzen aufzubessern. Denn es ist klar, daß der Unterhalt der größten Armee südlich der Sahara und die Finanzierung von mehreren Kriegen zur gleichen Zeit sehr teuer ist. Vor allem für ein Land mit sehr mageren Einkommensquellen (keine Handelsaktivitäten, Importe, Exporte usw.). Außerdem ist da noch die völlig unverhältnismäßige Logistik und das völlig unverhältnismäßige Transportsystem, das zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung für die Umsiedlungsgebiete notwendig ist.

Unter den gegebenen Bedingungen versuchen zwangsläufig viele zu fliehen, obwohl Flucht mit dem Tod bestraft wird — entweder durch das Feuer der Gewehre oder durch das Feuer, das die Soldaten manchmal an ganze Wälder legen, um Flüchtlinge zu töten. Viele von denen, die tatsächlich fliehen konnten, flüchteten in das Flüchtlingslager Damazin im Sudan. Auf ihren Berichten über die Zustände in den Lagern und ihre Flucht beruhen die oben genannten Beschreibungen. Es gibt keine vernünftige Leitung der Lager, das Komitee für Unterstüt-

zung und Sanierung ist mit Mitgliedern der Äthiopischen Arbeiterpartei besetzt, die weder die nötige Erfahrung noch das nötige Einfühlungsvermögen haben, um dieses Programm erfolgreich durchführen zu können.

Angesichts der offenkundigen Fehler, die 1979 gemacht wurden, fragt man sich, warum diese Fehler heute wieder gemacht werden bei einem Programm, das doch angeblich versucht, den Opfern der Hungersnot zu helfen und das für diesen vorgeblichen Zweck auch massive internationale Unterstützung erhält. Die Antwort auf diese Frage ist, daß dieses vorgebliche Ziel sehr wenig mit dem tatsächlichen Ziel dieses Programms zu tun hat.

Die meisten Menschen, die vom Hunger in Äthiopien betroffen sind, leben im nördlichen Teil des Landes, wo Befreiungsbewegungen wie die Volksbefreiungsfront von Tigray oder die Demokratische Volksbewegung Äthiopiens aktiv sind. Die Volksbefreiungsfront von Tigray kontrolliert 85 Prozent von Tigray. Sie arbeitet zusammen mit der Demokratischen Volksbewegung Äthiopiens auch in Wollo und Gondar. In diesen Gebieten, die von den beiden Organisationen kontrolliert werden, leben 5—6 Millionen Menschen. Die Organisationen haben eine starke Basis, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unterstützt sie. Deshalb bedeutet die Bevölkerung im Norden Äthiopiens eine politische Herausforderung für den Dergue.

Als deshalb die Trockenheit diese Gebiete heimsuchte, war dies für den Dergue eine willkommene Gelegenheit, um dieses Gebiet durch eine Politik der Entvölkerung zu destabilisieren. Zumal man der übrigen Welt das Ganze auch noch als einen humanitären Akt, der internationale Unterstützung verdiente, präsentieren konnte. So konnte der Dergue nicht nur erreichen, daß er dafür, daß er die Befreiungsbewegungen im Norden ihrer Unterstützung beraubte, auch noch bezahlt wurde.



Ein Kulturprogramm der TPLF wird aufgeführt



Er konnte die Umsiedler auch noch dazu benutzen, um den organisierten Widerstand in Oromo im Süden zu bekämpfen. Denn es ist kein Zufall, daß die Gebiete, die der Dergue als „fruchtbare Gebiete“ ausgemacht hat, sich ausgerechnet dort befinden, wo die Befreiungsbewegung von Oromo aktiv ist.

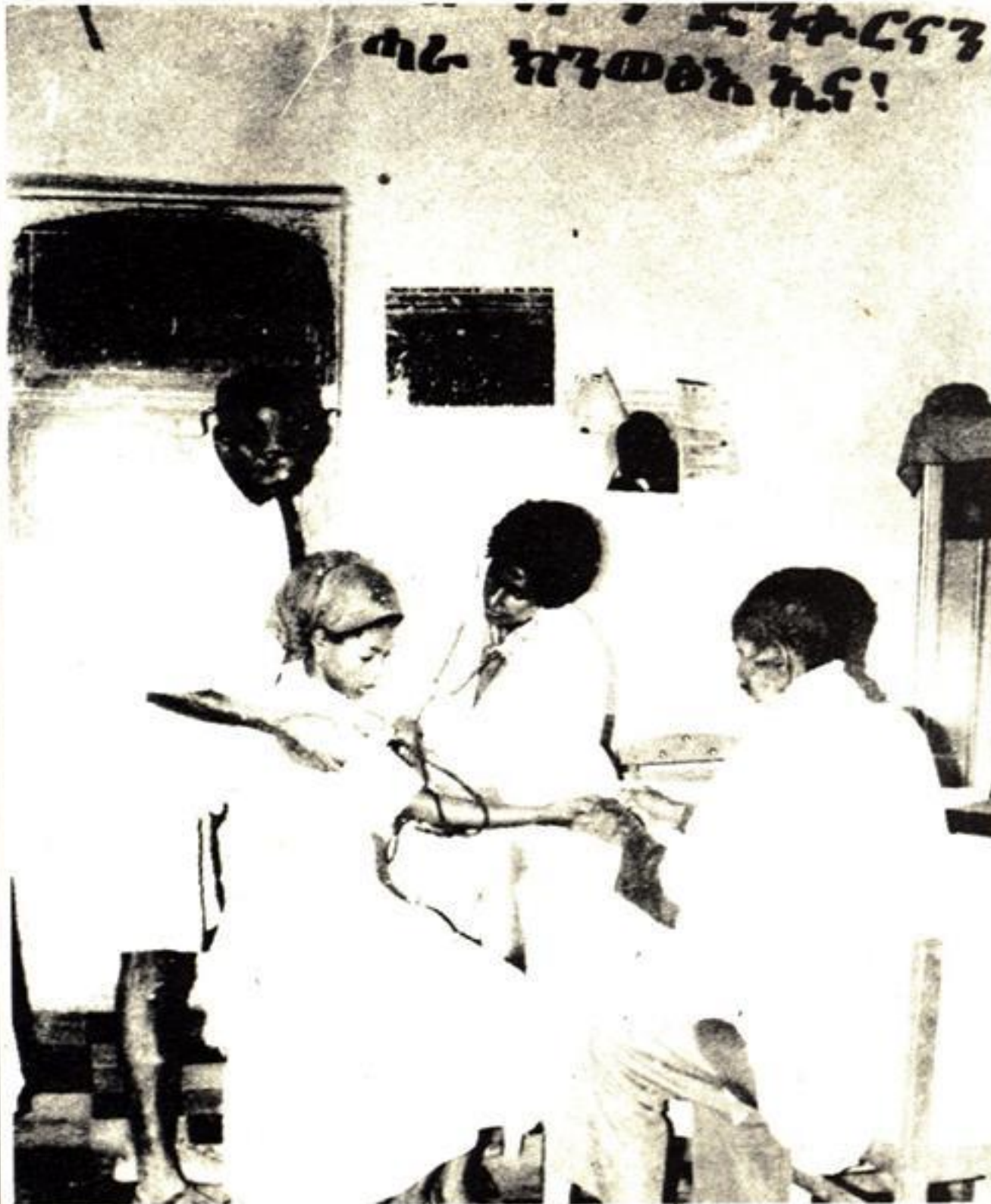
Die Menschen in Oromo werden von ihrem Land vertrieben, um Platz zu machen für diejenigen, die dorthin „umgesiedelt“ werden sollen. Sie müssen hohe Steuern bezahlen — angeblich, um die Versorgung der Umsiedler zu finanzieren. Alle nur möglichen Spannungen zwischen den beiden Gruppen werden geschürt. Die letztendliche Absicht des Dergue ist es, die Siedler als Armee gegen das Volk von Oromo einzusetzen. Diese Teile-und-herrsche-Taktik des Dergue sorgt dafür, daß die in Jahrzehnten gewachsenen Konflikte und Spannungen zwischen den herrschenden Cliquen fortbestehen.

So nutzte der Dergue die Hungersnot, die in Äthiopien wütet, um militärische, politische und wirtschaftliche Ziele zu verfolgen. Und seine Aktionen werden im Namen des Humanismus von internationalen und privaten Einrichtungen finanziell und moralisch gerechtfertigt. Das von Experten in diesen Dingen so perfekt formulierte Papier, das den Anfang der Umsiedlung bildete, war gleichzeitig auch der Beginn der Hilfe aus dem Westen. Internationale und freiwillige Einrichtungen, aber auch Regierungen haben ihre Unterstützung auf dieses Papier gegründet und sehr großzügig Hilfe gegeben. Die Pläne und Empfehlungen, von denen in diesem Papier die Rede ist, sind jedoch nie in die Tat umgesetzt worden.

Die Volksbefreiungsfront von Tigray verurteilt alle Einrichtungen, die — aktiv und passiv — an diesem „Umsiedlungsprogramm“ beteiligt sind, weil es so viel Elend über das Volk von Tigray bringt. Wir finden es besonders abscheulich, daß UN-Organisationen wie die FAO, WFP und UNDRO das Programm aktiv mittragen und daß freiwillige Einrichtungen dieses Programm mit Material und finanziellen Mitteln unterstützen.

Der wahre Charakter des „Umsiedlungs“programms ist der Versuch, die Bevölkerung von Äthiopien gegen ihren Willen zu kontrollieren und zu unterwerfen! Wir rufen deshalb alle freiwilligen Einrichtungen, Regierungen und internationale Organisationen auf, mit uns gemeinsam die Aktion des Dergue zu entlarven und zu verurteilen. Wenn die internationale Öffentlichkeit das nicht tut, beteiligt sie sich aktiv an der Unterstützung und an der Durchführung des ausgeklügelten Völkermords, den der Dergue an dem Volk von Tigray begeht.

Wie viele neue Berichte, wie die hier dargestellten, müssen die Öffentlichkeit noch erreichen, bevor die Menschen begreifen, daß sie nicht helfen, Menschenleben zu retten, sondern zu zerstören?



In den befreiten Gebieten wird erstmals eine medizinische Versorgung der Bevölkerung gewährleistet

Freies Geleit

In den letzten Monaten haben sowohl politische als auch humanitäre Organisationen, die sich mit den Hungersnöten in Nordäthiopien befassen, wiederholt freies Geleit gefordert.

Die Volksbefreiungsfront von Tigray und andere Befreiungsbewegungen in Äthiopien haben seit 1979 auf den Mißbrauch der Hilfe durch den Dergue hingewiesen. Die humanitäre Hilfe hat die Menschen, für die sie bestimmt war, nie erreicht, obwohl die Militärregierung um Hilfe für ganz Äthiopien gebeten hatte und behauptet hatte, daß sie auch in der Lage sei, die hungernde Landbevölkerung in Tigray zu erreichen. Die Volksbefreiungsfront von Tigray und humanitäre Organisationen begannen daraufhin, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die bedürftige Bevölkerung in Tigray zu erreichen. 1983 schlugen einige humanitäre Organisationen aus Skandinavien eine Art Waffenstillstand — später bekannt geworden als „freies Geleit“ — in den Gebieten, in denen die Volksbefreiungsfront von Tigray operiert, vor. Mit diesem Vorschlag sollte erreicht werden, daß Hilfsgüter und Helfer dorthin transportiert werden konnten, wo sie am meisten gebraucht wurden — ohne Behinderung durch die Konfliktparteien, den Dergue und die Volksbefreiungsfront von Tigray.

Die Absicht und das Ziel dieser Organisationen wurden von der Volksbefreiungsfront von Tigray wärmstens

unterstützt. Sie veröffentlichte daraufhin — im Juni 1983 — ein offizielles Dokument über freies Geleit und appellierte gleichzeitig an die internationale Öffentlichkeit, sich gemeinsam dafür einzusetzen, daß dieser Vorschlag in die Realität umgesetzt würde.

Als die skandinavischen Organisationen jedoch an das Regime in Addis Ababa herantraten, wurde der Vorschlag ohne Prüfung zurückgewiesen.

Entmutigt durch diese Antwort ließen die Organisationen ihren Vorschlag fallen. Obwohl die Volksbefreiungsfront von Tigray auch weiterhin die Notwendigkeit eines freien Geleits betonte, wurde dieses Thema erst Ende 1984 wieder aufgegriffen als Büros (der Hilfsorganisationen, RM) und Persönlichkeiten aus anderen europäischen Ländern und aus Nordamerika sich dafür interessierten.

Als die Hungerkatastrophe in das öffentliche Interesse geriet, gehörte die britische Organisation War on Want zu den Organisationen, die ernsthaft versuchten, den Vorschlag für ein freies Geleit in die Tat umzusetzen. Diese Organisation schlug vor, daß ein unabhängiges, internationales Gremium unter Leitung des bekannten deutschen Staatsmannes und Exkanzlers Willy Brandt, die gesamte Operation überwachen und die gerechte Verteilung der Lebensmittelhilfe in die Konfliktgebiete von Nordäthiopien sicherstellen sollte.

Die Volksbefreiungsfront von Tigray akzeptierte den Vorschlag sofort und telegraphierte umgehend ihre Zustimmung. (Einige Tage vor diesem Vorschlag von War on Want, am 25. 10. 84 hatte die Volksbefreiungsfront von Tigray in einer eigenen Erklärung „Über die Hungersnot in Tigray“ noch einmal detailliert ihre Position über das freie Geleit dargelegt.) Aber auch der Vorschlag von War on Want wurde vom Dergue vollständig abgelehnt.

In der ersten Novemberwoche 1984 trat eine humanitäre Organisation an die Volksbefreiungsbewegung heran, von der bekannt ist, daß sie dem Dergue wohlwollend gegenübersteht. Diese Organisation erklärte, sie würde ihr Bestes versuchen, um den Vorschlag für ein freies Geleit durchzusetzen und die Militärregierung von Äthiopien davon überzeugen, daß sie die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten Tigrays nicht ohne die Beteiligung der Volksbefreiungsfront von Tigray erreichen könne.

Inzwischen forderte diese Organisation die Volksbefreiungsfront von Tigray auf, ihren Vorschlag für die Durchführung einer Vereinbarung über freies Geleit vorzulegen. Die Volksbefreiungsfront von Tigray begrüßte diese Initiative und schlug angesichts der Dringlichkeit der Situation die folgenden Punkte als Grundlage für die Durchführung einer Vereinbarung über freies

Zusammenarbeit der Volksbefreiungsfront von Oromo und der Volksbefreiungsfront von Tigray

Gerade auf dem Hintergrund der Umsiedlungsaktionen des Regimes von Addis Ababa ist es von großer Bedeutung, daß die Volksbefreiungsbewegungen aus den beiden davon betroffenen Regionen Äthiopiens, Tigray im Norden und Oromo im Süden, jetzt ein Abkommen über Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung vereinbart haben. Das Abkommen zwischen der 1974 gegründeten Volksbefreiungsfront von Oromo und der ein Jahr später gegründeten Volksbefreiungsfront von Tigray wurde im April dieses Jahres unterzeichnet. Es kam zustande, obwohl es zwischen diesen beiden Organisationen auch grundlegende politische Meinungsverschiedenheiten, z.B. über die Einschätzung der Sowjetunion gibt.

Das Abkommen ist aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung. Erstens, weil es ganz konkrete Abmachungen darüber enthält, wie die künftige Zusammenarbeit aussehen soll — z.B. vorsieht, daß Angehörige der jeweils einen Volksbefreiungsfront in das Gebiet der jeweils anderen Volksbefreiungsfront gehen und dort die Bevölkerung über ihre politischen Zielsetzungen informieren können. Zweitens ist dieses Abkommen ein erster — und darum sehr wichtiger — Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Front aller demokratischen Befreiungsbewegungen und Widerstandskräfte in Äthiopien. In dem Abkommen verpflichten sich beide Organisationen, untereinander und in Gesprächen mit anderen Organisationen, verstärkt für die Erreichung dieses Ziels aktiv zu werden.

Geleitet vor. Das war am 16. November 1984:

1. Es soll ein internationales unabhängiges Gremium gebildet werden. Es soll seinen Sitz in einem neutralen Staat haben. Seine Aufgabe soll sein, alle Aktivitäten — innerhalb und außerhalb Äthiopiens — zu koordinieren und in effektiver und offener Verbindung mit der Volksbefreiungsfront von Tigray und dem Dergue stehen.

2. In Anbetracht dessen, wie groß die Not ist und wie erdrückend die Dringlichkeit verzichtet jede Konfliktpartei darauf, die Hungersnotsituation für ihre eigenen politischen Ziele auszunutzen.

3. Beide Parteien müssen das freie Geleit erklären und durchführen — d.h. ungehinderte Bewegung von Hilfsgütern und Helfern zwischen und in den Gebieten, die von der Volksbefreiungsfront von Tigray und dem Dergue beherrscht werden.

4. Beide Parteien müssen die Sicherheit des Lebens und des Eigentums der Helfer garantieren, damit die Verteilung der Hilfsgüter erleichtert wird.

5. Beide Parteien müssen darauf verzichten, Straßen und Landstriche zu verminen, die von Helfern benutzt werden. Sie dürfen weiterhin keine Konvoys, Autos, Flugzeuge usw. angreifen, die ein vereinbartes Zeichen tragen.

6. Beide Parteien müssen sich darüber einigen, daß Konvoys, Autos, Flugzeuge usw. nicht von Militäreskorten begleitet werden dürfen.

7. Die Volksbefreiungsfront von Tigray wird einen detaillierten Plan über Logistik und Orte vorlegen, an denen die Verteilung von der Luft oder vom Boden aus geschehen kann. Die Volksbefreiungsfront von Tigray wird nicht nur für die nötige Infrastruktur sorgen, sondern auch für die Organisation und Kontrolle einer gerechten Verteilung der Hilfsgüter sorgen.

8. Der Dergue darf keine

Gebiete bombardieren, in denen Hilfsoperationen stattfinden.

Diese Punkte hatten und haben den Zweck, unsere Bereitschaft den Vorschlag durchzuführen, deutlich zu machen. Dabei ist klar, daß sie keinen Hinweis darauf enthalten, daß entweder die Volksbefreiungsfront von Tigray oder der Dergue Positionen, die sie gegenwärtig innehaben, aufgeben.

Seitdem sind — bis auf den heutigen Tag — zahlreiche private und internationale Einrichtungen, die UN eingeschlossen, und mehrere Regierungen an das Militärregime in Addis Ababa herangetreten, und haben versucht, eine Vereinbarung über freies Geleit zu erreichen. Ihre Anstrengungen waren bis jetzt vergeblich. Denn der Dergue lehnt den Vorschlag strikt ab und behauptet, er erreicht jedes Opfer der Hungersnot, so daß „keine Notwendigkeit für freies Geleit besteht“.

Wir hoffen, daß der internationalen Öffentlichkeit nun klar geworden ist, daß die sogenannte Regierung Äthiopiens sich nicht um die Opfer der Hungersnot in Nordäthiopien kümmert — vor allem nicht um diejenigen, die in Gebieten leben, die von Befreiungsbewegungen verwaltet werden. Und das ist eine Bevölkerung von 5—6 Millionen Menschen. Tatsächlich bedeuten Hungersnot und Trockenheit einen Anlaß zur klammheimlichen Freude für den Dergue, denn sie schwächen die Kampfkraft der Völker, die seine politische Macht in den letzten 10 Jahren bedroht haben.

Wir rufen deshalb alle Regierungen und Einrichtungen, die ernsthaft bereit sind, die Bevölkerung von Nord-Äthiopien vor dem Völkermord durch das Regime von Addis Ababa zu retten, auf, sich gemeinsam dafür einzusetzen, daß der Vorschlag für freies Geleit zustande kommt.

Auch das China Deng Xiaopings hat (und braucht) seine Helden, deren Ruhm durch Kinofilme, Fernsehspiele oder Hymnen in den Zeitungen bis in den hintersten Winkel des riesigen Landes getragen wird. Nur sind dies heute nicht mehr jene tapferen Rotgardisten, die „gegen den Strom schwimmen“ und unerschrocken „bürgerliche Machthaber“ attackieren. Der heute gefragte Heldentypus ist vielmehr der des cleveren Bauern, der es schafft, binnen weniger Jahre reich zu werden oder der des dynamischen Managers — wie beispielsweise Betriebsleiter Bu.

Von seinen Taten erzählt der chinesische Film „Das Blut ist noch warm“. Bu wird dem Zuschauer vorgestellt als Boß einer Textilfabrik, der eine für viele Betrachter wohl seltsam anmutende Aktivität entfaltet: Er setzt „unfähige“ Arbeiter einfach vor die Tür, bestraft „Bummelanten“, belohnt dagegen diejenigen, die sich nie krankmelden, mit Prämien und verbietet der Belegschaft das Reden während der Arbeit. Auch Bu ist — wie frühere Helden — zahlreichen Anfeindungen ausgesetzt; er wird als „Kapitalist“ beschimpft und gar mit Mord und Totschlag bedroht. Aber er läßt sich nicht beirren, denn hinter ihm steht — so streicht der Film heraus — das ZK der KP Chinas.

Der Betriebsleiter, der solchermaßen zum Helden der Modernisierungskampagne und der Wirtschaftsreform stilisiert wird, ist durchaus keine Kunstfigur — diesen Direktor Bu gibt es wirklich. Ebenso real ist ein anderer Held des neuen China, Werner Gerich nämlich, ein westdeutscher Rentner, der im Rahmen eines Austauschprogramms des Senioren-Experten-Service nach Wuhan kam und dort (als erster Ausländer) zum Generaldirektor eines größeren Industriebetriebs gemacht wurde. Auch Gerich, dem ein Reporter der „taz“ einen „preußischen Führungsstil“ bescheinigte, „mit dem er in der BRD mit jeder Gewerkschaft Schwierigkeiten bekommen dürfte“, zeichnete sich durch die gut-kapitalistische Praxis des Heuerns und Feuerns aus, wobei das Schwergewicht auf dem Feuern lag, nämlich von solchen Belegschaftsmitgliedern, die nicht die geforderte Leistung brachten.

Szenen aus dem China von heute, die einen ersten Begriff von den Klassenverhältnissen in den Betrieben und vor allem von der neuen Macht der Manager vermitteln. Kein Wunder, daß die Wirtschaftsreform in der Volksrepublik — wie jüngst die „Wirtschaftswoche“ schrieb — „im Westen fast euphorische Zustimmung auslöst.“ Auch die FAZ zeigte sich beeindruckt von der „Konsequenz und Schnelligkeit“, mit der die „Tabus“ der maoistischen Ära weggefeßt werden. Einer, der die Entwicklung in China von ihren längerfristigen Perspektiven (und den für das westliche Kapital darin eingeschlossenen Möglichkeiten) her betrachtet, ist der erfahrene Osthändler Heinrich Weiss, Chef der Schloemann-Siemag AG: „Der logische nächste Schritt müßte eigentlich die teilweise Privatisierung der Produktionsmittel sein.“

Worum geht es bei den Reformen in China? Auf den ersten Blick erscheint es so, als hätte die KP-Führung um Deng Xiaoping, Hu Yaobang (Parteichef) und Zhao Ziyang (Regierungschef) nach der weitgehenden Ausschaltung der Maoisten eine chinesische Neuaufgabe der in den RGW-Ländern bereits zu Beginn der sechziger Jahre durchgeführten „Liberalisierung“ in Gang gesetzt. Tatsäch-

Von Werner Gerich lernen

Wirtschaftsreformen in der VR China



Regierungschef Zhao (rechts) mit China-Besucher Kohl



VW-Montage in Shanghai

lich aber gehen die chinesischen Reformen — was die Ausweitung von Marktelementen, die Aufhebung kollektiver Produktions- und Eigentumsformen, die Kooperation mit dem westlichen Kapital usw. betrifft — weit über diesen Rahmen hinaus.

Auflösung der Volkskommunen

Das zeigte sich schon bei der ersten Etappe dieser Reformen, der — bereits Ende der siebziger Jahre begonnenen — Umgestaltung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft. Die Volkskommunen, von Mao Zedong konzipiert als Einheit von gemeinschaftlicher Produktion und politischer Organisation, wurden aufgelöst. Der Grund und Boden blieb dabei zwar formal weiter Gemeineigentum, wurde aber faktisch den einzelnen Familien zwecks Bearbeitung überlassen; Produktionsmittel wie Werkzeuge oder Tiere gingen auch formal in deren Eigentum über.

Heute schließt jeder Haushalt individuell einen Vertrag mit dem Staat ab, der die Ablieferung einer bestimmten Menge eines festgelegten Produkts zu Fixpreisen vorsieht. Über diesen Preis reguliert der Staat faktisch die Besteuerungen der Bauern. Alles, was über die im Vertrag festgelegten Mengen hinaus produziert wird, kann zu freien Marktpreisen verkauft werden. An-

fangs waren diese Verträge auf drei bis fünf Jahre terminiert; inzwischen haben sie eine Laufzeit von bis zu 15 Jahren, um den Bauern eine langfristige Planung beispielsweise ihrer Investitionen zu erlauben.

Mit dieser Form der Reprivatisierung konnte bislang die landwirtschaftliche Produktion erstaunlich kräftig stimuliert werden (was rückblickend ja auch bedeutet, daß es, aus welchen Gründen auch immer, innerhalb der Volkskommunen offensichtlich nicht gelungen ist, die materiellen und menschlichen Produktivkräfte optimal zu entwickeln). Zwischen 1979 und 1983 stiegen die landwirtschaftlichen Erträge im Jahresdurchschnitt um 7,9 Prozent; im letzten Jahr sogar um 14,4 Prozent.

Die Einkommen der Bauern haben sich nach chinesischen Angaben in den letzten fünf Jahren real verdoppelt, was nicht nur auf Produktionssteigerungen, sondern in erster Linie auf eine Anhebung der staatlich fixierten Erzeugerpreise, sowie auf die Erzielung relativ hoher Gewinne auf dem freien Markt zurückzuführen ist. Für die Herrschaftsstabilisierung der neuen Führung ist diese Einkommensentwicklung natürlich von größter Bedeutung. Denn die Landwirtschaft stellt immer noch den mit großem Abstand bedeutendsten Faktor dar — vier von fünf Chinesen arbeiten in der Agrarproduktion. Einkommensverbesserungen in diesem Sektor stellen somit auch ein Mittel dar, um die 800 Millionen zählende bäuerliche

Bevölkerung an die neue Führung und ihren Kurs zu binden.

Zudem löst diese Entwicklung auch ein heute für alle Länder der Dritten Welt gravierendes Problem, nämlich die Landflucht. Denn mittlerweile läßt sich in China auf dem Dorf mehr verdienen als in der Stadt. So versuchen insbesondere Arbeitslose (nach offiziellen Angaben 45 Millionen) bei Verwandten auf dem Land unterzukommen und am großen Boom teilzunehmen. Erscheint doch in der Propaganda der KP die landwirtschaftliche Entwicklung als ein einziger Goldrausch, der jeden halbwegs tüchtigen Kerl binnen weniger Jahre zum gemachten Mann werden läßt.

„Bereichert euch!“

Parteichef Hu Yaobang hat umstandslos die Parole Bucharins aus den alten Tagen der NEP im Rußland der zwanziger Jahre wieder ausgekramt und appelliert nun ganz unverblümt an seine Landsleute: „Bereichert euch!“ Über Jahre hinweg sind diejenigen in den Medien herausgestellt worden, die diesen Appell in die Tat umgesetzt haben und nun — wie die dynamischen Manager — als Leitbilder und Orientierungsgrößen gelten: die sogenannten 10000-Yuan-Familien, wobei sich die Zahl auf das Jahreseinkommen dieser Familien (1 Yuan = 1,08 DM) bezieht. Ein Beispiel dafür ist der

„Tomatenkönig“ Zhang, der nicht nur eine schwungvolle Tomatenproduktion für den freien Markt aufgezogen hat, sondern nebenbei auch noch mit Setzlingen und Insektiziden handelt sowie für gutes Geld sein know how an all diejenigen weitervermittelt, die ebenso schnell reich werden wollen.

Gerade das aber ist für die Masse der Bauern eine — von der Partei geschickt geschürte — Illusion. Die Reformen in der Landwirtschaft haben nicht den Weg ins Paradies des Reichtums eröffnet, sondern vor allem die Entwicklung neuer (oder die Wiederherstellung der alten) Klassenverhältnisse auf dem Dorf bewirkt. In der ehemaligen Volkskommune „Goldenes Pferd“ in Szetschuan beispielsweise gibt es heute vier 10000-Yuan-Familien, die ihr Geld vor allem mit der Schweinezucht machen. Das Durchschnittseinkommen der insgesamt 290 Familien beträgt aber nur 446 Yuan.

Die kleine Schicht der reichen Bauern ist nahezu ausschließlich in den landwirtschaftlichen Versorgungsgebieten der großen städtischen Zusammenballungen entstanden. Ihr Reichtum gründet sich auf die Belieferung der freien Märkte in den Städten. Während im „Hinterland“ noch immer die Felder mit dem Holzpflug und dem Wasserbüffel als Zugtier gepflügt werden, während noch etwa 70 Millionen Bauern (9 Prozent der Landbevölkerung in absoluter Armut leben, haben die reichen Bauern die Möglichkeit, sich moderne Produktionsmittel wie etwa Traktoren zu kaufen, dadurch ihre Produktion zu erhöhen und noch mehr Geld zu akkumulieren.

Diese kleine Schicht kann schließlich auch die überaus rigide Bevölkerungspolitik der Regierung unterlaufen. Der Staat gibt für das dritte (mancherorts auch schon für das zweite) Kind einer Familie keine Lebensmittelkarten mehr aus — für ärmere Haushalte ein kaum abwendbarer Zwang zur Kleinfamilie. Die reichen Bauern dagegen können große Familien problemlos auch über den freien Markt versorgen. Große Familien aber bedeuten größere Landzuteilung, damit die Möglichkeit zu vermehrter und rationaler betriebener Produktion, noch mehr Akkumulation von Geld usw.

Damit ist eine weitere soziale Differenzierung und Vertiefung der Klassenspaltung auf dem Land vorgezeichnet. Bislang wird dieser Prozeß von der Partei noch aktiv gefördert, sowohl durch ihre praktischen Maßnahmen wie auch durch ideologische Belgeitmusik. Armut beispielsweise wird nicht auf soziale Ursachen zurückgeführt, sondern auf individuelles Fehlverhalten — auf mangelnde Kenntnisse und Fähigkeiten beispielsweise oder generell auf eine Blockierung gegenüber „neuen Ideen“. Solche Erklärungsmuster sind für die Chinesen sicher neu; für uns Westdeutsche in Ära der neokonservativen Wende freilich muten sie ebenso bekannt an wie die Propagierung unternehmerischer Initiative (man denke nur an Reagans Hambacher Rede an die Jugend der BRD).

Die Aufforderung Hu Yaobangs zur individuellen Bereicherung hat nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten ihre Früchte getragen. In Shanghai

beispielsweise haben in den letzten Jahren 60 000 Einwohner eine Gewerbelizenz bekommen, mit der sie Kleinunternehmen gegründet haben. Überall schießen private Restaurants, Handwerksbetriebe usw. aus dem Boden. In Peking sind allein in den ersten Monaten dieses Jahres 2000 Kleinbetriebe gegründet worden, die sich mit der Produktion von Jeans beschäftigen. Der Markt für viele dieser Unternehmen ist offensichtlich durch die Einkommensdifferenzierungen der letzten Jahre und die dadurch entstandenen Spitzeneinkommen entstanden. Denn immerhin wird für die erwähnten Jeans ein Preis verlangt, der ein Drittel des monatlichen Durchschnittseinkommens ausmacht, und für eine Mahlzeit in den neuen Restaurants muß mit vier bis sechs Yuan das Mehrfache eines Arbeiter-Tagelohns aufgebracht werden.

Der Tätigkeit von solchen Kleinbetrieben sind gegenwärtig so gut wie keine Grenzen gesetzt. Zhao Mingjie, Chefredakteur der Wirtschaftszeitung „Jingji Ribao“ sagte jedenfalls kürzlich gegenüber der taz: Die Kleinbetriebe „können produzieren, was sie wollen. Sie müssen einzig auf den Markt hören, der ihnen befiehlt, wo sie den größten Profit machen.“ Und offenbar müssen sie auch nicht unbedingt klein bleiben. Der frühere Bauer Zhazi jedenfalls, der mit einer besonderen Methode zum Rösten von Melonenkernen zu Geld gekommen ist, beschäftigt mittlerweile etwa 100 Arbeiter und gehört zu den ersten Multimillionären der Volksrepublik China.

Die „eiserne Reisschüssel“

Die privaten städtischen Unternehmen sind im Bereich der Konsumgüterproduktion (in der Regel auf handwerklicher Basis) oder im Dienstleistungsbereich angesiedelt. Inwieweit sich die innere Dynamik ihrer Entwicklung ungehemmt entfalten kann, läßt sich gegenwärtig kaum abschätzen. Ähnliches gilt für den Sektor der staatlichen Industrieproduktion. Hier ist die Reform erst im Oktober letzten Jahres eingeleitet worden. Sie stellt die Parteiführung allerdings schon jetzt vor erhebliche Probleme.

Kernpunkt der Umgestaltung des Industriesektors soll nach dem „Beschuß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Reform des Wirtschaftssystems“ der Übergang von der Planwirtschaft zur „geplanten Warenwirtschaft“ sein. Das bedeutet die Beschränkung der von den Betrieben zu erfüllenden Planaufgaben auf einige wenige wichtige Waren (wie Kohle, Stahl, bestimmte Lebensmittel). Die Betriebe werden



Freier Markt in Wuhan

zu verhältnismäßig selbständigen und gegenüber den Planbehörden unabhängigen Wirtschaftseinheiten; die Betriebsleitungen bekommen größere Entscheidungsfreiheiten und sollen sich insgesamt selbständig auf dem Markt orientieren.

Der Gewinn wird zur entscheidenden Orientierungsgröße gemacht. Er ist nicht mehr wie früher vollständig an den Staatshaushalt abzuführen, sondern bleibt, nach Abzug einer Gewinnsteuer, beim Betrieb. Nach der Interpretation von Zhao Mingjie sollen auch die Betriebe, die verbindliche Planaufgaben für ihre Produktion haben, nach der Erfüllung des Plans aufgrund eigener „Marktstudien“ das produzieren, womit sie den höchsten Gewinn erzielen.

Ein Knackpunkt in diesem Programm, der die Lebenslage der Werktätigen unmittelbar berührt, dürfte die Lohn- und Preisreform sein. Bei der Lohnreform geht es in erster Linie um den Angriff auf die „eiserne Reisschüssel“, das heißt die Garantie des Arbeitsplatzes bei weitgehend einheitlicher Entlohnung unabhängig von der individuellen Produktionsleistung und vom Betriebsgewinn. Hier soll mit den eingangs geschilderten Methoden durch materielle Stimulierung (mittels Leistungslohn) und administrative Maßnahmen die Intensität und Produktivität der Arbeit erhöht werden.

Bei der Preisreform geht es im wesentlichen darum, die staatlich fixierten (und seit der Revolution kaum veränderten) Preise an den Verhältnissen von Angebot und Nachfrage — letztlich an den Weltmarktpreisen — zu orientieren. Das würde unter anderem eine drastische Verteuerung der meisten Konsumgüter zur Folge haben, die bislang bewußt niedrig gehalten wurden. Bereits im Mai wurden die Preise für eine Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen freigegeben, was die Verteuerung der einzel-

nen Waren um bis zu 400 Prozent zur Folge hatte. Auf der anderen Seite wird eine konsequent weltmarkt-orientierte Preispolitik in Bezug auf Industrieprodukte zur Folge haben, daß die Mehrzahl der Betriebe sich in Pleiteunternehmen verwandeln, wenn sie nicht drastische Kostensenkungen vornehmen, nicht zuletzt durch Rationalisierungen und die damit verbundene Einsparung von Arbeitskräften.

VWs aus Shanghai

Ein wesentlicher Bestandteil der Umgestaltung des gesamten Wirtschaftssystems in der VR China ist der Versuch, in möglichst großem Umfang ausländisches Kapital zu mobilisieren, um die „vier Modernisierungen“ (Wissenschaft und Technik, Landwirtschaft, Industrie, Militär) voranzutreiben und China möglichst rasch zu einer Supermacht mit moderner industrieller Basis zu machen.

Bereits 1981 sind in Süchina vier sogenannte Wirtschaftssozialzonen eingerichtet worden, hermetisch abgeriegelte Gebiete, in denen ausländischen Investoren billige Arbeitskräfte und billige Grundstücke bereitgestellt, sowie günstige Steuerbedingungen angeboten werden. Bis Ende 1984 waren für alle vier Zonen insgesamt 4700 Investitionsverträge abgeschlossen worden mit einem Volumen von vier Milliarden US-Dollar, wovon 840 Millionen zu dem genannten Zeitpunkt bereits angelegt waren.

Im April letzten Jahres sind darüber hinaus auch die 14 größten Küstenstädte für ausländische Investitionen freigegeben worden. In Shanghai hat auch der VW-Konzern bislang 200 Millionen DM angelegt. Der Auto-Multi ist mit 50 Prozent an der „Shanghai Volkswagen Automotive Company Limited“ beteiligt, in der das VW-Modell Santana montiert wird. Die ausländischen Kapitalanlagen entwickeln sich allerdings nicht in dem von der Peking Regierung gewünschten Tempo. Das liegt nicht zuletzt an den schlechten Bedingungen der Infrastruktur (Verkehrsverbindungen, Versorgung mit Wasser, Elektrizität usw.), Kommunikationseinrichtungen. Hier muß die Regierung erst erhebliche Vorleistungen erbringen und damit natürlich auch entsprechende Finanzmittel aufwenden.

So ist die Modernisierungskampagne, die mit Hilfe des ausländischen Kapitals vorangetrieben werden soll, dazu angetan, die staatlichen Investitionen auf einen relativ kleinen Raum (die Küsten-

städte) zu konzentrieren, der heute schon einen — im Verhältnis zum Landesdurchschnitt — hohen Entwicklungsstand aufweist. (In den 14 Küstenstädten leben nur 8 Prozent der chinesischen Bevölkerung, sie erzeugen 23 Prozent der Bruttoproduktion; die Arbeitsproduktivität liegt 66 Prozent über dem Landesdurchschnitt.) Die Kehrseite einer weiteren forcierten Entwicklung dieses Raums wäre eine Vernachlässigung der anderen Gebiete, insbesondere der Landwirtschaft, für die dann nur noch geringe Investitionsmittel zur Verfügung stünden. Das würde die heute schon bestehenden Disproportionen zwischen den verschiedenen Regionen und Wirtschaftszweigen noch weiter vertiefen.

Hinsichtlich der konkreten Ziele der Modernisierung scheint in den Küstenstädten eine Boom-Stimmung vorzuherrschen, in der jeder örtliche Parteichef ohne Rücksicht auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge „seinen“ Technologie-Park durchziehen will. Selbst von westlichen Experten wird hier — wenn auch vorsichtige — Kritik geübt. „Die bisherigen Informationen gehen dahin, daß fast überall jene Sparten, die als ‚modern‘ gelten, wie Elektronik, Computer, Meßinstrumente, einen vorderen Platz einnehmen. Die gesetzten Prioritäten könnten dazu führen, daß das Prinzip einer rationalen ‚gesellschaftlichen‘ Arbeitsteilung verletzt wird. Die wirtschaftliche Vernunft spräche dafür, sich die jeweiligen besonderen Bedingungen der Gebiete zunutze zu machen und nicht den Reizen zu verfallen, den die High-Technology-Sparten auf die chinesischen Planer ausüben.“ (E. Louven in der China-Beilage der SZ vom 7.6.85)

Inflation, Korruption, Arbeitslosigkeit

Deutlich kritische Töne in Bezug auf die Erfahrungen aus den ersten Monaten der Reform des Industriesektors waren auch auf der Tagung des Volkskongresses im März/April dieses Jahres zu hören. Zhao verteidigte in seiner Rede zwar ausdrücklich die Reformstrategie, zwei Drittel seiner Ausführungen beschäftigten sich jedoch mit den durch diese Strategie aufgeworfenen Problemen. Hu warnte vor „blindem Optimismus“ und selbst Deng, der im vergangenen Winter noch erklärt hatte, daß „ein bißchen Kapitalismus gar nichts schaden kann“, betonte nun, daß die Reform auch „ein Risiko“ berge. Es hat den Anschein, als sei die

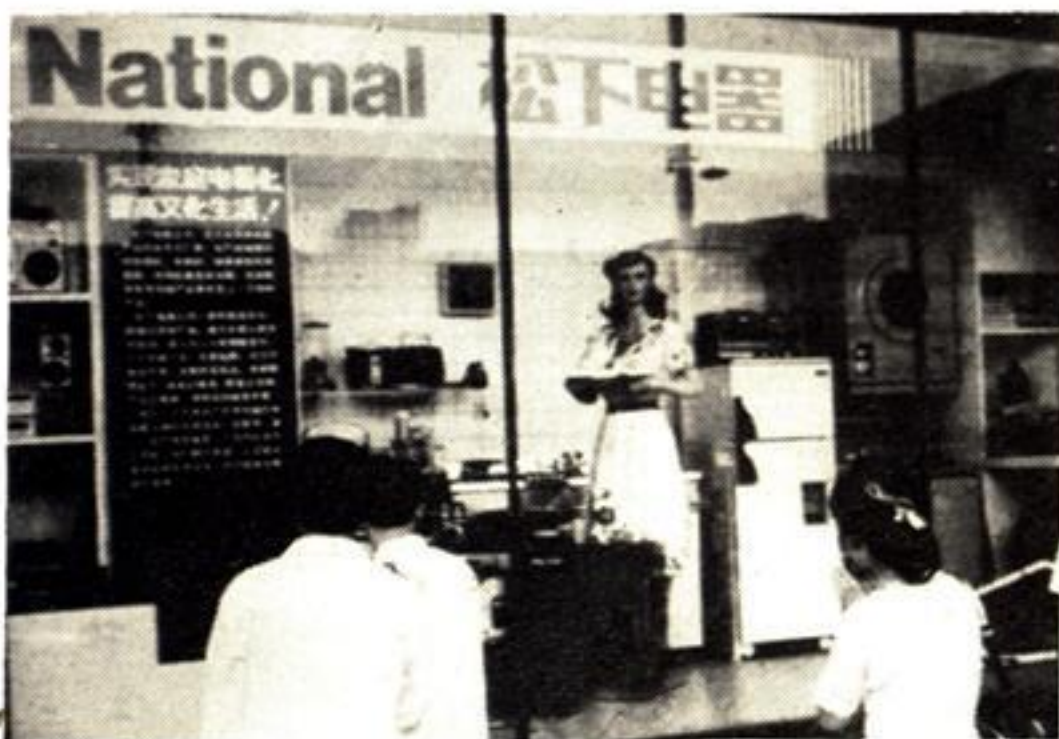
Reform — mit der weitgehenden Lockerung der Planaufgaben und dem strikten Kompetenzzuwachs für die Betriebsdirektoren — den zentralen Staatsorganen schon weitgehend aus dem Ruder gelaufen. Zhao klagte jedenfalls: „Manche Gebiete streben einseitig nach unrealistisch hohen Planzielen und konkurrieren mit den anderen um hohe Wachstumsraten, ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse, auf Angebot und Nachfrage, auf die verfügbaren finanziellen und materiellen Ressourcen oder das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben.“

Ein Zeichen für die („ungeplante“ und offenbar schwer kontrollierbare) Wachstumseuphorie bei den Betriebsleitern und Regionalbehörden ist die Tatsache, daß die Zunahme der getätigten Investitionen mit 21,8 Prozent weit über die von der Zentrale gesteckten Ziele hinausgeschossen ist. Mittel für zusätzliche Investitionen wurden hauptsächlich aus Krediten aufgebracht. Gleichzeitig führte der von Partei und Staat angeheizte „Konsumrausch“ auch zu einem sprunghaften Anstieg in der Verschuldung der Privathaushalte. Allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres vergaben die Banken fast 50 Prozent mehr Kredite als im Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung heizte die Inflation weiter an und führte dazu, daß das staatliche Kreditvolumen und die Geldmenge weitgehend außer Kontrolle gerieten.

Kräftig und völlig unplanmäßig ist schließlich in den ersten vier Monaten dieses Jahres auch die Lohnsumme angewachsen (um 46 Prozent!), Folge der Tatsache, daß viele Betriebsleiter eine forcierte Durchsetzung des Leistungslohns durch relativ hohe materielle Stimulierung von Spitzenleistungen erreichen wollen. Die Aufblähung der Lohnfonds aber zwingt die Betriebe, um nicht unrentabel zu werden, wiederum zu Preiserhöhungen, zu Spekulationsgeschäften oder zur massiven Kostensenkung durch Freisetzung von Arbeitskräften.

Ein weiteres Problem, das mit im Zentrum der auf dem Volkskongreß geübten Kritik stand, war die — wie die „Wirtschaftswoche“ schrieb — „epidemisch um sich greifende Korruption in Parteikadern.“ Dem Appell zur Bereicherung mochten sich natürlich auch die Parteifunktionäre nicht verschließen. Aus ihren Reihen rekrutieren sich immerhin 50 Prozent der verurteilten Wirtschaftsverbrecher — Personen, die außerhalb der großzügigen legalen Bedingungen ihre Bereicherung (beispielsweise durch Spekulationsgeschäfte) betrieben.

Der Volkskongreß hat aber trotz aller kritischen Bemerkungen deutlich gemacht, daß die Parteiführung an der Reformstrategie festhält. Es sollen (etwa durch Erhöhung der Kreditzinsen oder durch Lohnstopp) nur die „Auswüchse“ beschnitten werden. Zu den Perspektiven der Reformen soll abschließend eine Stimme aus der BRD zitiert werden, die sich deutlich von den oben angeführten euphorischen Erwartungen abhebt. Der „Weltökonom“ Helmut Schmidt, der sich jüngst in einem längeren „Zeit“-Artikel als langjähriger Sympathisant Deng Xiaopings zu erkennen gab (und der bei dieser Gelegenheit auch den „marktwirtschaftlichen Instinkt“ von Regierungschef Zhao lobte), stellte warnend fest: „Sowohl die destabilisierenden Gefahren der Arbeitslosigkeit als auch der Inflation können nach wenigen Jahren zu sehr nachdrücklichen Hemmnissen und Rückschritten führen.“



Warenangebot in China

Abdruck aus „Kommunistische Hefte“ Nr. 12

Aussprache mit den Massen

Diskussionen in DDR-Betrieben nach dem 17. Juni 1953

Die Aufsätze in der neuen Ausgabe des theoretischen Organs der KPD beschäftigen sich mit der Verschuldungskrise der Dritten Welt und mit der Geschichte der DDR.

Die Probleme der Verschuldungskrise werden am Beispiel Mexicos dargestellt, das seit Jahren in der Spitzengruppe der am höchsten bei Institutionen des Imperialismus verschuldeten Länder der Dritten Welt steht. Der Artikel stellt nicht nur das Management der Krise (beispielsweise über den Internationalen Währungsfonds) und deren Auswirkungen vor allem auf die werktätigen Massen dar; er untersucht vor allem die Ursachen und Bedingungen der Schuldenkrise, die letztlich in der besonderen — durch nahezu vollständige Abhängigkeit vom Kolonialismus/Imperialismus geprägten — Form der kapitalistischen Entwicklung Me-

xicos (und ähnlicher Länder der dritten Welt) liegen.

Mit einer anderen Krise befaßt sich der zweite Aufsatz in der neuen Ausgabe der KH: Es geht um die politische Krise in der DDR zu Beginn der fünfziger Jahre, die am 17. Juni 1953 gewaltsam aufbrach. Wie bei den beiden Aufsätzen über die DDR in den KH Nr. 11 steht auch in diesem Beitrag die Untersuchung des besonderen Verhältnisses zwischen SED und Arbeiterklasse im Vordergrund. Der auf dieser Seite veröffentlichte Auszug aus diesem Aufsatz gibt einen Überblick über die Diskussionen unmittelbar nach dem 17. Juni in den Betrieben der DDR.

Bestellungen, die bis zum 27.6. beim Verlag eingehen, werden noch bearbeitet, danach Auslieferung ab 1. August.

Offenbar sind im Sommer 1953 die Betriebsparteioorganisationen in vielen Betrieben noch vom Geist der Streikbewegung „infiziert“, so daß die Führungsmitglieder der SED sich bei den Diskussionen, die nach dem 17. Juni in den Betrieben stattfinden, zum Teil auch mit der eigenen Parteibasis auseinandersetzen müssen. Ein Beispiel für die Haltung vieler betrieblicher Parteileitungen: „Sack ist einer der Funktionäre der Plankommission (er ist Arbeitskräfteplaner) im Sodawerk Karl Marx in Bernburg. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er — bis heute unbelehrbar — erbittert gegen den Leistungslohn auftrat. Am 17. Juni ist Sack einer der Streikführer. Radtke, der Verantwortliche für die Betriebszeitung, beschimpft Sack nach dem Aufstand als ‚Provokateur‘. Sack verprügelt Radtke und beschimpft ihn seinerseits als ‚Arbeiterrenegaten‘. Die Parteileitung (des Betriebs) weicht vor Stimmungen zurück, (die im Betrieb vorherrschen), und es ist Radtke, der seiner Funktion enthoben wird.“

Die erwähnten Betriebsversammlungen mit ZK-Mitgliedern der SED sind vor allem deshalb außerordentlich aufschlußreich, weil dort nicht nur heftige Debatten geführt, sondern diese Debatten (einschließlich der von den Arbeitern geäußerten Meinungen) auch sehr ausführlich in der DDR-Presse wiedergegeben werden. Wie wenig diese Praxis in der Zeit vor dem 17. Juni die Regel war, wie konsequent im Gegenteil die Kritik der Massen von der Presse unterdrückt wurde, ist einem Aufsatz von E. Loest zu entnehmen, der ebenfalls in dieser Phase der relativ offenen Diskussion erschienen ist.

Darin heißt es über eine typische Form der Berichterstattung: „Die Fahrpreiserhöhung wurde von Berufsschüler X als ein Beitrag zur Verbesserung des Lebensstandards begrüßt, und einige Wochen später begeisterte sich die Hausfrau Y für die Herabsetzung der Fahrpreise — sie sah darin einen Beitrag zur Verbesserung des Lebensstandards. Jahrelang ging das so, die kritiklosen Jasager hatten das Wort. (...) Kritik in der Presse war nicht gefragt.“

Weiter schreibt Loest: „Und auf die Kritik der Massen — und das ist weit schlimmer — gingen die Redakteure auch in ihren Reportagen und Artikeln nicht ein. (...) Wer irgendwelche Maßnahmen nicht verstand, hatte ein schlechtes Bewußtsein und war ein Mensch zweiter Klasse. ‚Auf RIAS-Argumente gehen wir nicht ein‘, war das verderbliche Schlagwort mancher Funktionäre. Die Folge davon war, daß die RIAS-Argumente munter im Volk



Berlin am 17. Juni 1953

wucherten. (...) Wir lasen täglich, welche Brigaden ihre Normen erhöht, wir lasen nichts, welche Brigaden die Erhöhung abgelehnt hatten, und vor allem lasen wir nichts über die Motive. Wir lasen nichts über kurze Proteststreiks in einigen Betrieben, mit denen sich die Arbeiter gegenüber Funktionären zur Wehr setzten, die sie in der Normenfrage übers Ohr hauen wollten.“

Die Mißachtung der Meinung der Massen, die Unterdrückung der Kritik, die Tatsache, daß sich die Äußerung von Kritik schädlich für den Kritiker auswirken konnte — das stand mit im Zentrum auch der Betriebsversammlungen, auf denen die Parteiführung die Aussprache mit den Arbeitern suchte. „Wie alle Diskussionsredner betonte er, daß vorher in der Waggonfabrik Kritik unterdrückt wurde.“ „Alle unsere Vorschläge, die wir der BGL oder der Werksleitung vortrugen, wurden mißachtet. Nirgend fanden wir Gehör.“ „Wir sind in den letzten Jahren so oft vor den Kopf gestoßen worden, daß wir uns dachten: Halt doch das Maul, es hat doch keinen Zweck.“

Die Kollegen waren nicht nur frustriert darüber, daß — trotz dem ständig wiederholten Appell an die Arbeiterklasse zur aktiven Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus — in der Praxis ihre Kritiken und Vorschläge unberücksichtigt blieben. Sie hatten darüber hinaus auch die Erfahrung machen müssen, daß ihre Kritik oft umstandslos mit einer „falschen Haltung“, wenn nicht gar mit „Staatsfeindlichkeit“ gleichgesetzt wurde. „Wenn Kritik geübt wurde, hieß es, der Kollege liege ‚schief‘. Es hat sich jeder gefürchtet, den Mund aufzutun.“ Im Leuna-Werk war es „nicht möglich gewesen, Kritik zu üben, ohne Schaden dabei zu nehmen.“

Dieses Problem wird auch von den Berliner Bauarbeitern, den Vorreitern der Streikbewegung, bei ihrer Diskussion mit Kuba (Sekretär

des Schriftstellerverbands und Mitglied des ZK) angesprochen: „Wäret ihr nur früher gekommen und hättet mit uns gesprochen, dann wäre vieles nicht passiert! ruft ein Arbeiter. Ja, warum seid ihr denn nicht gekommen, entgegenet ihm Kuba, das Politbüro hätte bestimmt auf eure Stimme gehört.“

Ja, so antwortet ihm der Kollege, willst du wissen, warum das Politbüro nicht die volle Wahrheit erfuhrt? Weil man befürchtete, ein Wort zuviel zu sagen. Auf die Alten, die Erfahrung haben, wurde ja nicht mehr gehört. Die wurden an die Wand gequetscht. Jeder, der Kritik übte, befürchtete als Feind angesehen zu werden. Aber so geht's nicht! Wenn ich eine Arbeiterregierung habe, will ich spüren, daß ich meine Rechte als Arbeiter habe.“

Eine solche Erwartungshaltung gegenüber der Regierung, aber auch gegenüber der Partei und vor allem gegenüber der Gewerkschaft (die ja allesamt die Vertretung von Arbeiterinteressen beanspruchten) kommt in vielen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck. Dementsprechend werden Funktionäre mit dem traditionellen „Bonzen“-Vorwurf bedacht: Kritisiert wird ihre Loslösung von der Basis, die Ausschaltung der Arbeiter aus Entscheidungsprozessen, die „Methoden des Herumkommandierens“. Die Funktionäre würden sich nicht mehr im Betrieb sehen lassen, „nur hinter ihren Schreibtischen thronen und keine Verbindung mit der Belegschaft“ haben.

Naturngemäß fällt in diesem Rahmen die Kritik an der Gewerkschaft als der elementarsten Form der Interessenvertretung, am heftigsten aus. Werksleitung, BGL und BPO*** werden oft als einheitlicher, von den Arbeitern losgelöster Apparat angesehen. Die BGL werden immer wieder als „Anhängsel der Betriebsleitung“, als Organ im „Schlepptau der Werksleitung“ kritisiert. Statt sich um die Probleme der Kollegen zu kümmern, ließen die BGL nur ständig „nichtssagende Resolutionen (...) formal beschließen.“ „Eine innergewerkschaftliche Demokratie gab es nicht.“

Bezeichnend ist auch die Enttäuschung über die Entwicklung in der SBZ/DDR. „1945/46 haben unsere Kollegen bei trockenem Brot gearbeitet (...) damals hatten sie Vertrauen zu ihren Gewerkschafts- und Parteifunktionären. (...) Wie sah es dagegen in der letzten Zeit aus?“ Grundsätzliche Kritik daran, daß sich die Verhältnisse nicht zum Besseren geändert haben, kommt sogar von hohen Gewerkschaftsfunktionären, wenn etwa festgestellt wird, daß zumeist „die Arbeiter von der Gestaltung der Produktion ausgeschaltet wurden“ und die

„Arbeit in unseren Betrieben (...) immer noch nach dem alten kapitalistischen Muster organisiert“ ist.

Überall ist natürlich auch die Normenfrage Gegenstand der Diskussion. „Wie war es denn bei uns, erklärte der Brigadier Jänischer, der letzten Normenregelung hatten wir nicht zugestimmt. Aber zehn Tage nach dem 28. Mai drückte man uns Listen in die Hand, auf denen wir unsere ‚freiwillige Zustimmung‘ zur Normenerhöhung geben sollten. Wenn an solchen Methoden nichts geändert wird, dann bleibt der Ärger.“ Kritisiert wird generell die Ausschaltung der Arbeiter von der Normenfestlegung, teilweise auch das Normensystem überhaupt. Der Widerspruch zu den TAN-Funktionären****, die mit alten REFA-Leuten verglichen werden, drückt sich ebenso aus wie generell ablehnende Haltung gegenüber der technischen Intelligenz: „Nachdem sie gut bezahlt worden sind, haben wir am 17. Juni gesehen, auf welcher Seite sie stehen.“

Viele Arbeiter verteidigen auf den Versammlungen ihre Beteiligung an den Streiks und führen als Begründung die Normenfrage, unzureichende Löhne, die schlechte Versorgungslage usw. an. „Oft habe ich mir ausgerechnet, wieviel von meinem Lohn auf den einzelnen

meiner aus fünf Personen bestehenden Familie fällt: es sind täglich zwei Mark! Und da sich niemand um mich gekümmert hat, mich auch niemand einmal fragte, wie ich meine Familie satt bekomme, deshalb bin ich am 17. Juni mit auf die Straße gegangen.“

Die Streiks werden als „unvermeidbare und notwendige Maßnahmen“ angesehen, „um einen Druck auf die Regierung auszuüben.“ Die unmittelbar vor und nach dem 17. Juni von Partei und Regierung gemachten Zugeständnisse an die Arbeiter werden als Bestätigung für diese Haltung angesehen. „Weil wir Krakeel gemacht haben, gibt man jetzt klein bei!“ Und schließlich wehren sich die Arbeiter überall erbittert dagegen, mit Faschisten, Provokateuren und Agenten in einen Topf geworfen zu werden. Für den Siemens-Arbeiter Bremse ist es „klar, daß der Klassengegner die Stimmung ausgenutzt hat. Welch ein Wahnsinn, Steine gegen Panzer zu schleudern. Wir können von Glück reden, daß die Kommandeure der Sowjetarmee die Nerven behalten haben, sonst wäre es wahrscheinlich zu einem Blutbad gekommen.“ Aber trotz dieser Einmischung des Klassenfeinds empfindet Bremse „Stolz auf den 17. Juni“.

*RIAS: US-Sender in Westberlin
**BGL: Betriebsgewerkschaftsleitung
***BPO: Betriebsparteioorganisation
****TAN: Technisch begründete Arbeitsnorm

Kommunistische Hefte Nr. 12 erschienen

neu
nur 6,-

KOMMUNISTISCHE
HEFTE
Theoretisches Organ
der KPD

„Wenn Massen von
Arbeitern die Partei
nicht verstehen ...“
Zur politischen Krise
1953 in der DDR

Im Würgegriff
der Schuldenkrise
Die Verschuldungskrise
in der dritten Welt
am Beispiel Mexicos

12

Einzelpreis 6 DM

Einzelpreis 6,— DM, Abonnement 27,— DM für vier Ausgaben inklusive Porto

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen,
Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30

Bericht über das Juni-Plenum des ZK

Das ZK hatte diesmal die Genossinnen und Genossen der Landesbezirksleitungen eingeladen, um gemeinsam mit ihnen über den Programmtext und damit im Zusammenhang stehende Fragen zu diskutieren. Ca. 30 Genossinnen und Genossen aus den Landesbezirken waren gekommen.

Die Diskussion um den Programmtext war stark geprägt von der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Auffassung von zwei anwesenden Genossen, die den Entwurf als revisionistisch ablehnten. Alle anderen Genossinnen und Genossen, die sich zu Wort meldeten, begrüßten den Programmtext grundsätzlich. Ihre inhaltlichen Einwände gegen den Programmtext, die in der Kürze der Zeit natürlich nicht systematisch diskutiert werden konnten, bezogen sich u.a. auf die ungenügende Berücksichtigung der Frauen- und der Jugendfrage, auf die friedenspolitischen Passagen im Programmtext, auf konkrete Fragen der Darstellung der Aufgaben des sozialistischen Staates, auf Fragen der sozialistischen Betriebsverfassung usw. Diskutiert wurde außerdem über die Frage, ob das Programm eine beschreibende Darstellung der Klassen und Schichten in der Bundesrepublik enthalten soll oder nicht. Die meisten Anwesenden waren der Meinung, daß eine solche beschreibende Darstellung im Programm nicht sinnvoll ist, daß die Partei sich aber sehr wohl ein konkreteres Wissen über Veränderungen in der Arbeiterklasse, über Zusammensetzung und Strukturen im Finanzkapital und über die sogenannten neuen Mittelschichten erarbeiten muß.

Was die Weiterführung der Diskussion über den Programmtext angeht, waren sich die meisten Anwesenden darüber einig, daß es jetzt darauf ankommt, konkret in die Diskussion über Änderungen am Programmtext einzusteigen. Wir rufen alle Genossinnen und Genossen auf, möglichst umgehend mit der Formulierung von Änderungsanträgen und Stellungnahmen zum Programmtext (und natürlich auch zum Statutentwurf!) zu beginnen. Je eher solche Anträge und Stellungnahmen vorliegen, desto intensiver kann in der gesamten Partei die Diskussion um Änderungen am Programm- und Statutentwurf geführt werden.

Da praktisch auf allen Mitgliederversammlungen zum Thema Programmtext Kritik daran geäußert worden war, daß der Programmtext keine positiven Aussagen über Aufgaben und Rolle der kommunistischen Partei macht, wurde diese Frage gesondert diskutiert. Zur Einleitung der Diskussion hielt ein Genosse des ZK ein Referat, das dieses konkrete Problem in den allgemeineren Zusammenhang der aktuellen Parteidiskussion über die Rolle der kommunistischen Partei generell und über das Selbstverständnis und die Aufgaben unserer Partei stellte. Auf der Grundlage dieses Referats und der Diskussion darüber auf der Versammlung erstellt das Politbüro einen Artikel, der Anfang August veröffentlicht werden wird.

Über die konkrete Frage, ob der Programmtext Aussagen über die Rolle und Aufgaben der kommunistischen Partei treffen soll, gingen die Meinungen auf der Versammlung auseinander. Einige befürworteten eine solche Aussage

im Programmtext, andere favorisierten eine solche Aussage in einer Präambel im Statut, einige sprachen sich für eine vom Sonderparteitag zu verabschiedende Resolution zu dieser Frage aus, andere wollten weder das eine noch das andere. Das ZK wird deshalb diese Frage weiter beraten und fordert insbesondere alle Genossinnen und Genossen, die einen entsprechenden Absatz im Programmtext befürworten auf, konkrete Textvorschläge bzw. Anträge zu formulieren.

Weiterhin wurden auf der Versammlung die Kritiken an der Entscheidung des ZK, keinen insgesamt überarbeiteten Programmtext mehr vorzulegen, diskutiert. Die Kritik an dieser Entscheidung wurde auf der Versammlung im wesentlichen mit drei Argumenten begründet: 1. Es gibt eine Vielzahl von Einzelkritiken an dem Entwurf. Die betreffenden Genossinnen und Genossen wollen, daß ihre Kritiken vom ZK ernst genommen werden und sehen das nur durch eine Überarbeitung des Programmtextes durch das ZK gewährleistet. 2. Es wird eine Vielzahl von Änderungsanträgen zum Programmtext geben. Der Sonderparteitag ist mit der Aufgabe, alle diese — politisch unterschiedlichsten — Anträge zu diskutieren, überfordert. Deshalb muß eine gewisse politische Vereinheitlichung vor dem Sonderparteitag stattfinden. Diese Arbeit muß das ZK durch die Herausgabe eines überarbeiteten Programmtextes leisten. 3. Au-

ßerdem ist — unabhängig vom Inhalt — eine stilistische Überarbeitung des Programmtextes nötig. Diese Arbeit kann der Parteitag nicht leisten, das muß vorher geschehen.

Diese Argumente konnten das ZK nicht überzeugen. Wir meinen weiterhin, daß die Herausgabe eines insgesamt überarbeiteten Programmtextes nicht sinnvoll ist.

Erstens aus dem ganz pragmatischen Grund, daß bis jetzt noch keinerlei konkrete Anträge zum Programmtext vorliegen, das ZK also im Moment überhaupt noch keine Grundlage für eine solche Überarbeitung hat und wahrscheinlich vor Ende August auch nicht hätte. Ein überarbeiteter Programmtext, der erst im Laufe des September vorliegen würde, könnte bis zum Parteitag aber nicht mehr vernünftig diskutiert werden. Als das ZK im letzten Oktober den Beschluß faßte, den Programmtext noch einmal insgesamt zu überarbeiten, geschah das nicht zuletzt deshalb, weil ja zu dem Zeitpunkt noch gar nicht klar war, ob die erste Fassung des Programmtextes ein sozusagen „fertiger“ Entwurf und eine brauchbare Diskussionsgrundlage sein würde. Das ist bei dem vorliegenden Entwurf aber unseres Erachtens der Fall.

Zweitens meinen wir, daß es illusorisch ist zu glauben, vor dem Sonderparteitag sei eine politische Vereinheitlichung in der Weise möglich, daß es auf dem Parteitag im wesentlichen „nur noch“ um ein grundsätzliches Ja oder Nein zu

einem Programmtext geht. Natürlich ist es die Aufgabe des ZK, in Vorbereitung des Parteitages die vorliegenden Anträge zu diskutieren und zu prüfen, inwieweit politisch in die gleiche Richtung gehende Anträge zu Leitanträgen zusammengefaßt und eventuell auch vom ZK übernommen werden können. Schließlich ist es die Aufgabe des Sonderparteitages, zusammenfassend zur Parteidiskussion Stellung zu nehmen und über das neue Programm der Partei zu entscheiden.

Um das Problem der redaktionellen Überarbeitung des Programmtextes zu lösen, wurde auf der Versammlung der Vorschlag gemacht, daß nach der inhaltlichen Beschlußfassung über den Programmtext auf dem Sonderparteitag eine Redaktionskommission bestimmt wird, die einige Wochen später den Entwurf dem Sonderparteitag zur endgültigen Beschlußfassung vorlegt.

Außerdem wurde auf der Versammlung darüber diskutiert, ob das ZK den Vorschlag des BWK befürworten sollte, daß die Redaktion der gemeinsamen „Beilage“ Vertreter der beiden Gruppierungen in der Partei, die den Programmtext als revisionistisch ablehnen, auffordert, in der „Beilage“ zum Programmtext Stellung zu nehmen. Die Versammlung sprach sich für diesen Vorschlag aus. Dagegen stimmten lediglich die beiden anwesenden Vertreter einer der beiden Gruppierungen.

Am nächsten Tag beriet das ZK noch über zwei weitere Fragen im Zusammenhang mit dem Sonderparteitag. Erstens wurde beschlossen, zum Sonderparteitag Vertreter von revolutionären Organisationen, mit denen die Partei in einem Diskussionszusammenhang steht,

als Gäste einzuladen. Das halten wir insbesondere deshalb für wichtig, weil wir mit diesen Organisationen eine Diskussion über unseren Programmtext für sehr wesentlich halten. Wir werden diese Organisationen bitten, auf dem Sonderparteitag eine kurze Stellungnahme zur Programmdiskussion abzugeben.

Zweitens wird das ZK bei den Delegiertenversammlungen bzw. Mitgliederversammlungen zum Sonderparteitag in den Landesbezirken, einen Antrag an die jeweiligen Versammlungen vorlegen, daß — bei entsprechender Anzahl von Genossen aus der Türkei — mindestens eine/r der Delegierten ein türkischer Genosse sein soll.

Auf seiner nächsten Sitzung wird das ZK über einen Antrag der letzten Frauenkonferenz der KPD beraten, der die Aufnahme der Quotierung von Genossinnen entsprechend ihrem Anteil an der Mitgliedschaft der Partei ins Statut fordert. In dem Zusammenhang wird das ZK auch über eine Regelung beraten, die eine angemessene Vertretung der Genossinnen auf dem Sonderparteitag gewährleisten kann.

Das ZK ruft alle Genossinnen und Genossen auf, ihre Solidarität mit Nicaragua zu verstärken. Die Gefahr einer Intervention gegen Nicaragua verschärft sich (S. ausführliche Berichte auf S. 7). Und es ist unsere Pflicht, alles zu tun, um den öffentlichen Druck auf die Bonner Regierung und vor allem natürlich auf die US-Regierung zu verstärken, um so den Kampf des nicaraguanischen Volkes zu unterstützen. Wir fordern deshalb alle Leser des „Roten Morgen“ auf, alle Aktivitäten, die gegen die drohende Intervention gegen Nicaragua gerichtet sind, nach Kräften zu unterstützen!

+++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief

Zum Glück...

„ZUM GLÜCK FÜR FLICK, gibt es nicht nur das Verwaltungsverfahrensgesetz, das so oder so ausgelegt werden kann. Zum Glück für Flick gibt es auch Richter...“ schreibt der „Rote Morgen“ auf der Titelseite und macht damit das Funktionieren des bürgerlichen Staates im Sinne der kapitalistischen Konzepte zum Fall eines Richters, zum Zufall. Er macht Lücken im Gesetz dafür verantwortlich, daß die Justiz dem Flick-Konzern hilft, gegen massive Kritik am Steuerbetrug in der Öffentlichkeit, zwei Drittel seiner Extraprofite aus Steuerbefreiung auf den Ankauf von Grace-Aktien zu behalten. Der „Rote Morgen“ zitiert jene Passagen des Urteils, in denen die Rechtswidrigkeit der Steuerbefreiung für Flick bei seiner Grace-Transaktion festgestellt wird. Danach stellt er erstaunt fest: „Die Kölner Richter haben sich trotzdem im wesentlichen für Flick entschieden.“ Im festgedruckten Kopf des Artikels nennt die Redaktion dieses Urteil „bemerkenswert“.

Bemerkenswert ist ein Satz wie: „Dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus entsprechend ist der Staat vollständig den Monopolen untergeordnet.“ (1)

Nicht, daß irgend jemand diesen Satz im „Roten Morgen“ Nr. 23, 1985 noch gesucht hätte, es ist ja allgemein bekannt, wie die Redaktion zum Parteiprogramm der KPD steht. Bemerkenswert ist die Kürze der Zeit, die ein ehemals revolutionäres Zentralorgan benötigte, seinen Schreibstil so zurückzuentwickeln, daß die Klassenjustiz des Monopolkapitals als neutrale Gerichtsinstanz dargestellt wird, in der es auch Richter gibt, die eine kapitalfreundliche Auslegung der Gesetze praktizieren. Hinter dem Schreibstil des Zentralorgans in seiner momentanen Ausführung steht das ZK mit seinem 1. Vorsitzenden H.D. Koch, der aus seiner ideologischen Entwicklung kein Hehl macht, schreibt er doch in der Beilage zum RM 22/85: „Geändert hat

sich das Verständnis des Marxismus-Leninismus.“ Er dürfte der erste Vorsitzende in der langen Geschichte der KPD sein, der nicht mehr für eine korrekte marxistisch-leninistische Linie seiner Partei kämpft, sondern für sein Projekt der Vereinigungspartei mit der Forderung eintritt, daß „mit der Vorstellung gebrochen wird, daß die Einheit der Partei in der ‚Linie‘ begründet ist, die in Wirklichkeit ein äußerst schmaler Strich ist.“

Der Marxismus-Leninismus soll ein „äußerst schmaler Strich“ sein? Müßen wir uns mit diesem „schmalen Strich“ im breiten Spektrum der Revisionisten, Trotzkisten, Anarchisten und anderer Opportunisten nicht schämen, wenn man uns aus unserem Parteiprogramm vorliest: „Das Proletariat und die Werktätigen können ihr Ziel, den Sieg der sozialistischen Revolution, nur auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus erreichen. Deshalb müssen alle Spielarten des Opportunismus unversöhnlich bekämpft werden.“ (2)

Was ist daran falsch? Worüber sollen sich Parteimitglieder schämen? Darüber, daß sie einer marxistisch-leninistischen Partei beigetreten sind, „um in der gewaltsamen sozialistischen Revolution die kapitalistische Ausbeuterordnung in Ost- und Westdeutschland zu zerschlagen, die Diktatur des Proletariats zu errichten und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland aufzubauen“? (3) Bestimmt nicht!

Wir können stolz sein auf diese revolutionäre Zielsetzung in unserem kommunistischen Parteiprogramm. Der im RM 22/85 als Teil der Beilage der Opportunisten mitgeschickte Entwurf für ein neues Programm ist nicht mehr als ein Entwurf für eine Agitationsbroschüre, der allerdings überarbeitet werden mußte. Sollte er an die Stelle des Programms treten, wäre das ein Sieg des Utopismus über die sozialistische Wissenschaft, der Kampf gegen den Opportunismus hätte in der Partei keine programmatische Grundlage mehr und der Entwurf setzt den Revisionisten in der Partei keine Barrikade entgegen, weswegen sie das Parteiprogramm erst über Bord werfen müssen.

Revisionisten sind doch jene, die sich mit Marxismus-Leninismus schmücken, ihn als Phraseologie mißbrauchen, in den Kernpunkten von ihm abrücken und in ihrer Praxis den Kompromiß mit dem Klassengegner und seinem Staat eingehen. In diesem Sinn halte ich die Tendenzen des RM-Artikels über das Glück von Flick für genauso revisionistisch wie den Programmtext des ZK.

Warum Flick kein Glück zu haben brauchte, warum der Staat (und seine Justiz) in der Regel auf seiner Linie liegt und Flick im äußersten Fall das Pech hatte, von einem kleinen Beamten und von vielen Journalisten mit seinen Praktiken enttarnt zu werden, wir zum Normalfall, wenn man anerkennt, daß der imperialistische Staat nicht neutral ist, wie es das Programm der KPD richtig schreibt: „Die Monopolbourgeoisie setzt ihren Staatsapparat zur Sicherung und Erlangung höchster Profite ein. Sie benutzt ihn zur steuerlichen Ausplünderung der Werktätigen und läßt sich die den Werktätigen abgepreßten Steuergelder in Form von Subventionen, Stillungsprämien, Investitionshilfen, Staatsaufträgen usw. auszahlen.“ (4)

Also ist die Drittelerrstattung, die das Kölner Gericht dem Flick-Konzern abverlangt, ein salomonisches Urteil der Bourgeoisie. Der kapitalistische Staat bittet zur Kasse und erteilt der profitablen Differenz seinen Segen — solange die Arbeiterklasse das noch zuläßt.

1. Programm der KPD, S. 52
- 2) ebenda, S. 106
3. ebenda, S. 5
4. ebenda, S. 54

R. M. aus Aachen

Fehler

Liebe Genossen, gestern erreichte mich der RM NR. 20 vom 17. Mai. Ich fand darin meinen Leserbrief vom 28. 4. 85. Vielen Dank dafür. Leider ist euch ein ziemlich gravierender sinnentstellender Satzfehler unterlaufen. Ich weiß nicht, ob ihr ein-

gesandte Briefe aufbewahrt. Lieber werde ich nochmal die richtige Fassung aufschreiben (ihr könnt ja vergleichen, wenn ihr den Brief aufbewahrt habt.)

In dem Absatz, der anfängt: „Weitere Beispiele aus Kardeljs Ideen...“, heißt es kurz vor Mitte im RM 20: „Letztere findet nun nach Kardelj ihre Ausprägung im ‚bürokratisch-etatistischen Staat‘.“ So weit, so gut. Doch nach dem Wort Staat folgt im Brief jetzt ein Punkt (.). Und dann muß es so weitergehen: „Die zweite Phase, nach einigen Jahren, wenn der ‚etatistisch-bürokratische Staat‘ überwunden ist, sei ‚wirklicher, humanitärer Sozialismus‘. Der etatistisch-bürokratische Staat“ sei dann ersetzt...“. Die letzten Worte decken sich wieder mit dem im RM 20 abgedruckten Text. Wenn Ihr das bitte als Berichtigung bringen wollt! Ich wäre euch dankbar, wenn ihr den ganzen Absatz nochmal abdrucktet, damit in etwa der Zusammenhang herauskommt. Immerhin ist da von zwei Phasen die Rede etc. Mit kommunistischen Grüßen N., Tirana

Wir bitten den Genossen für den Fehler um Entschuldigung, und drucken zum Verständnis noch einmal die fehlerhafte Passage nach.

Weitere Beispiele aus Kardeljs Ideen: Die jugoslawischen Revisionisten sprechen von 2 Phasen des Sozialismus. Die erste Phase umfasse angeblich die ersten Jahre nach dem Sieg der Revolution, in denen sie auch von „Diktatur des Proletariats“ zu reden bereit sind. Letztere findet nun nach Kardelj ihre Ausprägung im „etatistisch-bürokratischen Staat“ sei dann ersetzt durch die „direkte Demokratie“ (!). Kardelj: „... Das weitere Funktionieren unserer Gesellschaft wird immer weniger auf der Rolle des Staatsapparates basieren und immer mehr auf der Macht und der Initiative der Arbeiter...“ (Zusammenfassung und Zitat nach Enver Hoxha a. a. O., S. 15).

Zum 175. Geburtstag

Ferdinand Freiligrath, Der Trompeter der Revolution

Vor 175 Jahren, am 17. Juni 1810 wurde in Detmold Ferdinand Freiligrath geboren. Der Dichter, der später „Trompeter der Revolution“ genannt wurde, war schon ein etablierter Künstler mit einer königlichen Pension, als ihn Anfang der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts die revolutionäre Stimmung des fortschrittlichen Bürgertums mitriß. Er verweigerte als politisch engagierter Lyriker die weitere Annahme der Pension des preußischen Königs — als seine Gedichte von der Zensur verboten wurden, emigrierte er nach Brüssel.



Ferdinand Freiligrath

revolutionäre Pathos der Arbeiten aus den späten 40er Jahren muten heute zum Teil fremd an, entsprechen aber genau der Stimmung des revolutionären Teils der Bevölkerung in diesen Jahren.

Nach einem Zerwürfnis mit Marx zog sich Freiligrath später zurück, hielt aber immer an den Freiheitsideen der bürgerlichen Demokratie von 1848 fest. So lehnte er in seinen letzten Lebensjahren als „der alte Achtundvierziger“ und entschiedener Gegner Bismarcks die „reichsamtlichen“ Ehrungen ab. Kurt Eisner, von der Reaktion 1918 ermordeter USPD-Politiker, schrieb zu Freiligraths 100. Geburtstag: „Als die Freiheitsbewegung, die den Dichter emporgetragen, vorübergerauscht, ist auch Freiligrath entseelt.“ Dieses differenzierte Urteil hebt aber nicht das positive Urteil Eisners auf, der über den Dichter schrieb, er war „zugleich ein Geschöpf der Revolution und ihr Mitschöpfer“.

Ein schönes — und sehr preiswertes — Bändchen mit den Werken Ferdinand Freiligraths ist in der Reihe „Bibliothek Deutscher Klassiker“ (BDK) im Aufbau-Verlag Berlin und Weimar erschienen.

Aus dieser und der nachfolgenden Zeit stammen seine besten Werke, die zu den ersten Dichtungen der sich in Deutschland herausbildenden sozialistischen Literatur zählen. Ungemein populär wurde „Trotz alledem“ ein Lied, das heute noch in politischen Auseinandersetzungen und Kämpfen variiert und gebraucht wird. Weitere wichtige Arbeiten sind „Die Republik“, „Abschiedswort an die Neue Rheinische Zeitung“ und „Die Revolution“, die wir nebenstehend abdrucken.

Der kraftvolle Ausdruck, das

In Brüssel lernte er Karl Marx kennen, mit dem sich eine lange Freundschaft entwickelte. Im Mai 1848 kam Freiligrath zurück nach Deutschland. Wegen seines Gedichtes „Die Toten an die Lebenden“ wurde er verhaftet und vor Gericht gestellt. Doch der Druck der revolutionären Verhältnisse damals erzwang einen Freispruch. Im Oktober 1848 trat Freiligrath der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung“ bei, wo Karl Marx auch war. Im gleichen Jahr trat er auch dem Bund der Kommunisten bei und wurde eines der Leitungsmitglieder.

Nur BILD war dabei:

Größte Schweinerei auf deutscher Bühne

Mit der oben abgebildeten Schlagzeile über die gesamte Zeitungsbreite machte BILD am vergangenen Dienstag auf. Es ging um das neue Stück von Franz Xaver Kroetz, das in Münchens Kammerspielen aufgeführt wurde. Was hier zum Gegenstand öffentlicher Empörung gemacht werden sollte, hat aber wohl nur BILD gesehen. Denn andere Blätter, auch aus dem Hause Springer, sahen das neue Stück „Bauern sterben“ ganz anders.

Die „Süddeutsche Zeitung“ vom gleichen Tag meldete nach der Uraufführung „begeisterten Applaus und nur wenige Buh's“ Springer „Die Welt“ konstatierte „Kroetz blüht nicht“, die Münchener Boulevardzeitung „AZ“ war sogar enttäuscht: „Kein Skandal bei Kroetz“.

Es war wohl nicht so schlimm, wie BILD es gemacht hat, das Stück, das von den Problemen junger Leute vom Land in der Stadt handelt. Die größte Schweinerei der westdeutschen Presse ist mal wieder die BILD-Methode, die wohl in diesem Falle nichts anderes bezweckt, als auch auf den Bühnen eine Wende

herbeizuführen, Stimmung gegen fortschrittliches, experimentelles und vielleicht auch mal notwendigerweise schockierendes Theater zu machen.

Unter der reißerischen Überschrift finden sich ganze sieben Zeilen Text. Folgender Text: „Münchener Kammerspiele, 19.30 — Vorhang auf für ein Theaterstück, das viele für die größte Schweinerei auf deutschen Bühnen halten: Eine Frau verliert ihr ungeborenes Kind, der Fötus wird einer Leiche in den geöffneten Bauch gelegt, Analverkehr, eine Frau wälzt sich wollüstig mit einer Christusfigur — und immer wieder Toilettengeräusche. Inhaltsangabe des Stückes „Bauern sterben“ von Franz Xaver Kroetz (39). Was Zuschauer davon halten, letzte Seite.“

Das ist der gesamte Text unter dem Aufmacher, da ist man ja wohl voll informiert. Der Schluß des Stückes, wo die „Süddeutsche“ miterlebte, liest sich bei BILD so: „Als nach 15 Szenen der Vorhang endlich fiel, blieben zahlreiche Zuschauer angewidert und geschockt auf ihren Plätzen (5 bis 30 Mark

teuer) sitzen. Autor und Regisseur ernteten gellende Pfiffe“. Man beachte den diskreten Hinweis, wieviel Geld man noch dafür ausgeben muß, sich solche „Schweinereien“ bieten zu lassen.

Und dann kommt Volkesstimme: „Eine Krankenschwester stöhnte: „Furchtbar!“. Ein Kritiker, der blaß aus der Toilette kam: „Ich kenne mich nicht mehr aus. Jetzt muß ich erstmal was trinken.“ Ist das noch Kunst? fragte BILD.“

Der einzige, der sich positiv zum Stück äußert, bekommt auch wieder einen kurzen Text in Klammern verpaßt. Das geht so: „Dr. Michael Wachsmann von den Münchener Kammerspielen (mit 20 Millionen von der Stadt subventioniert) ...“

Nochmals: keine der anderen Zeitungen sah es so wie BILD. Vielleicht hat der BILD-Redakteur das Stück auch gar nicht gesehen, denn was diese Story will, ist unabhängig vom Kroetz-Stück: Hetze, Aufwiegelei, Stimmungsmache — kurz: aktive Wendepolitik für saubere deutsche Bühnen“ BILD — Nein danke!

DIE REVOLUTION

1851

Und ob ihr sie, ein edel Wild, mit euren Henkersknechten fängt;
und ob ihr unterm Festungswall standrechtet die Gefangene ginge;
und ob sie längst der Hügel deckt, auf dessen Grün ums Morgenrot
die junge Bäurin Kränze legt — doch sag ich euch: Sie ist nicht tot!

Und ob ihr von der hohen Stirn das wehnde Lockenhaar ihr schort;
und ob ihr zu Genossen ihr den Mörder und den Dieb erkort;
und ob sie Zuchthauskleider trägt, im Schoß den Napf voll Erbsenbrei;
und ob sie Werg und Wolle spinnt — doch sag ich kühn euch: Sie ist frei!

Und ob ihr ins Exil sie jagt, von Lande sie zu Lande hetzt;
und ob sie fremde Herde sucht und stumm sich in die Asche setzt;
und ob sie wunde Sohlen taucht in ferner Wasserströme Lauf —
Doch ihre Harfe nimmermehr an Babels Weiden hängt sie auf!

O nein — sie stellt sie vor sich hin; sie schlägt sie trotzig, euch zum Trotz!
Sie spottet lachend des Exils, wie sie gespottet des Schafotts!
Sie singt ein Lied, daß ihr entsetzt von euren Sesseln euch erhebt;
daß euch das Herz — das feige Herz, das falsche Herz! — im Leibe bebt!

Kein Klagelied! kein Tränenlied! kein Lied um jeden, der schon fiel;
noch minder gar ein Lied des Hohns auf das verworfne Zwischenspiel,
die Bettleroper, die zur Zeit ihr plump noch zu agieren wißt,
wie mottig euer Hermelin, wie faul auch euer Purpur ist!

O nein, was sie den Wassern singt, ist nicht der Schmerz und nicht die Schmach —
ist Siegeslied, Triumpheslied, Lied von der Zukunft großem Tag!
Der Zukunft, die nicht fern mehr ist! Sie spricht mit dreistem Prophezein
so gut wie weiland euer Gott: Ich war, ich bin — ich werde sein!

Ich werde sein, und wiederum voraus den Völkern werd ich gehn!
Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd ich stehn!
Befreierin und Rächerin und Richterin, das Schwert entblößt,
ausrecken den gewalt'gen Arm werd ich, daß er die Welt erlöst!

Ihr seht mich in den Kerkern bloß, ihr seht mich in der Grube nur,
ihr seht mich nur als Irrende auf des Exiles dorn'ger Flur —
Ihr Blöden, wohn ich denn nicht auch, wo eure Macht ein Ende hat:
Bleibt mir nicht hinter jeder Stirn, in jedem Herzen eine Statt?

In jedem Haupt, das trotzig denkt? Das hoch und ungebeugt sich trägt?
Ist mein Asyl nicht jede Brust, die menschlich fühlt und menschlich schlägt?
Nicht jede Werkstatt, drin es pocht? Nicht jede Hütte, drin es ächzt?
Bin ich der Menschheit Odem nicht, die rastlos nach Befreiung lechzt?

Drum werd ich sein, und wiederum voraus den Völkern werd ich gehn!
Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen werd ich stehn!
's ist der Geschichte ehrnes Muß! Es ist kein Rühmen, ist kein Drohn —
Der Tag wird heiß — wie wehst du kühl, o Weidenlaub von Babylon!

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 Bremen (Wall), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 486529

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, Kontaktmöglichkeit zur KPD: GNN, Rendsburger Landstr. 9, geöffnet: Di u. Fr. 18 - 20 Uhr

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Heiligenwald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474